

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 169 SONNTAG, 6. Sept. 1936

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Europäische Unsicherheit
Lohnstreiks in Deutschland
Die Kosten der Rüstung
Bischöfe für Hitler

Friedenskongreß und Sozialdemokratie

**Nur die Wahrheit rettet den Frieden! —
Nur der Sturz Hitlers verhindert den Krieg!**

Genosse Friedrich Stampfer hat dem Präsidenten des gegenwärtig in Brüssel tagenden Allgemeinen Friedenskongresses die folgende Denkschrift überreicht:

Solange es eine deutsche Republik und in ihr eine starke Sozialdemokratie gab, dachte kein Mensch an einen nahen Krieg. Seit die Republik gestürzt, die deutsche Arbeiterklasse entmachtet ist, sind alle Geister der Hölle losgelassen. Dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund folgte der Beginn des allgemeinen Wettrennens, der Bruch des Locarno-Vertrages durch Besetzung und Befestigung des entmilitarisierten Gebietes, die Proklamierung der zweijährigen Dienstzeit. Der Wiener Juliputsch, der Memelkonflikt, der Angriff auf Danzig schufen Situationen drohender Kriegsgefahr.

Jetzt erst, nachdem Deutschland aus einem Garanten der kollektiven Sicherheit zu ihrem Saboteur geworden war, konnte das faschistische Italien sich auf Abessinien stürzen und dem Völkerbund sowohl wie dem britischen Weltreich die Stirne bieten. Jetzt erst konnte der spanische Faschismus als Preisfechter des deutschen und des italienischen gegen die Mittelmeerstellung Englands und Frankreichs in die Schranken treten. Erst

seit Deutschland von Hitler regiert wird, ist Europa zum Tollhaus geworden

und glaubt die Welt an den zweiten Weltkrieg wie an ein unentrinnbares Verhängnis.

Die deutschen Sozialdemokraten begrüßen den mutigen Versuch des Kongresses, sich diesem Verhängnis entgegenzuwerfen. Sie wissen, daß ihnen die Freiheit nicht auf den Spitzen fremder Bajonette gebracht werden kann, sie spekulieren nicht auf die Niederlage ihres Landes, die für ihr Volk unermessliches Elend bedeutet. Sie wissen aber auch, daß es nur ein Mittel gibt, den neuen Weltkrieg zu vermeiden, mit all dem entsetzlichen Grauen, das er für alle mit sich bringt: das ist der

Sturz der Hitlerdiktatur.

Nur wer für den Sturz der Hitlerdiktatur kämpft, wie es die deutschen Sozialdemokraten tun, der kämpft wahrhaft für den Frieden der Welt.

Auch der Allgemeine Friedenskongreß in Brüssel wird die Aufgabe, die er sich gestellt hat, nur dann meistern können, wenn er den Mut aufbringt, dieser Tatsache ins Gesicht zu sehen und die notwendigen Folgerungen aus ihr zu ziehen.

Das vorbereitende Komitee des Kongresses hat für die Erhaltung des Friedens vier Grundsätze aufgestellt:

1. Anerkennung der Unverletzlichkeit vertraglicher Verpflichtungen.
2. Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen durch ein internationales Abkommen und Abschaffung des Profites aus Rüstungsproduktion und Handel.
3. Stärkung des Völkerbundes, um den Krieg zu verhindern oder zu einem raschen Abschluß zu bringen, durch Organisierung der kollektiven Sicherheit und der gegenseitigen Hilfeleistung.
4. Schaffung eines wirksamen Verfahrens im Rahmen des Völkerbundes, das geeignet ist, internationale Situationen, die zu kriegerischen Konflikten führen könnten, zu entspannen.

Die deutschen Sozialdemokraten stimmen allen diesen vier Grundsätzen zu. Sie

halten es aber für notwendig, auch auszusprechen, daß keiner von ihnen verwirklicht werden kann, ohne daß die Hitlerdiktatur gestürzt wird:

1. Die Unverletzlichkeit der Verträge ist erst dann gewährleistet, wenn es überall Regierungen gibt, die bereit sind, freiwillig übernommene Verpflichtungen zu erfüllen. Der deutsche Nationalsozialismus hat jedoch den Grundsatz von der Heiligkeit der Verträge durch den anderen ersetzt: »Recht ist, was dem deutschen Volke nützt, wobei er sich vorbehält, das dem deutschen Volke Nützliche selber und ganz allein zu bestimmen. Seine eigene Doktrin zwingt ihn, jeden freiwillig geschlossenen Vertrag wieder zu brechen, sobald er sich von dem Vertragsbruch einen Vorteil erwartet.

2. Rüstungsabkommen kann die nationalsozialistische Regierung Deutschlands daher lediglich zu dem Zwecke abschließen, ihren Vertragsgegner zu binden, sich selber aber freie Hand zu lassen. Für den Erfolg eines solchen Vorgehens hat sie sich die inneren Voraussetzungen geschaffen, indem sie alle öffentliche Kontrolle beseitigt und jede unerlaubte Veröffentlichung über ihre Rüstungen unter Todesstrafe gestellt hat. Gegen die einzig wirkliche Beseitigung der Rüstungsprofite — die Ver-

staatlichung der Rüstungsindustrie — hat sie sich als die enragierte Vorkämpferin kapitalistischer Interessen, die sie ist, ausdrücklich erklärt. Erst nach ihrem Sturze wird die Beseitigung der Rüstungsprofite in Deutschland möglich werden.

3. und 4. Der Völkerbund soll gestärkt werden, seine Organisationen zur Kriegsverhütung durch kollektive Sicherheit und gegenseitigen Beistand soll wirksam werden; es soll ein Mechanismus geschaffen werden, der wirksam zu spielen beginnt, schon wenn eine kriegsgefährliche Situation auftaucht. Aber die kriegsgefährliche Situation ist schon da, und sie ist herbeigeführt durch den Umstand, daß es Mächte gibt, die die Unverletzlichkeit der Verträge, die kollektive Sicherheit, den organisierten Schutz vor dem Angreifer nicht wollen. Wie will man diese Mächte behandeln? Will man sie durch Zureden bekehren oder erkennt man, daß nur durch ihre Bekämpfung und Vernichtung der Friede gerettet werden kann? Im ersten Fall würde man doch nichts anderes erreichen, als eine Entwertung aller Vereinbarungen durch diejenigen, die nur zum Schein auf sie eingehen, um, von ihnen gedeckt, desto sicherer den Angriff vorzubereiten. Im zweiten läuft man gewisse Risiken, doch nur ihre Ueberwindung führt zum Erfolg.

Der Allgemeine Friedenskongreß muß sich klar darüber sein, daß Vereinbarungen, die heute zwischen den völkerrechtlich anerkannten Regierungen ohne Unterschied ihrer staatsrechtlichen Konstruktion geschlossen werden, keine wirksamen Friedensgarantien, sondern nur vorgeschobene Kulissen sein können, hinter denen sich die Wolke der Kriegsgefahr verbirgt. Nur die kämpferische Gemeinschaft Gleichgesinnter — gleichviel, ob sie sich heute in Regierungspalästen oder in Konzentrationslagern befinden — kann dem heraufziehenden Unheil Einhalt gebieten.

Es ist gesagt worden, daß die Bildung einer solchen kämpferischen Gesinnungsgemeinschaft erst recht dem Frieden gefährlich sei: der französische Außenminister, Herr Delbos, hat gemeint, gegen einen

»Kreuzzug der Weltanschauungen«

seine warnende Stimme erheben zu müssen. Sofern mit diesem Kreuzzug ein blutiger Waffengang gemeint sein soll, stimmen die deutschen Sozialdemokraten ihm völlig zu. Sein Wort ist aber so ausgelegt worden, als ob auch der Kampf mit geistigen Waffen verpönt werden sollte, weil er die, die ihn zu fürchten haben, dazu verleiten könnte, zur physischen Gewalt ihre Zuflucht zu nehmen. Man meint mitunter, die Friedensmächte müßten sich desto enger an das Prinzip der Nichtintervention klammern, je offensichtlicher die Mächte des Angriffs gegen dieses Prinzip verstoßen.

Der Allgemeine Friedenskongreß muß sich klar darüber sein, daß der Verzicht auf den geistigen Kampf gegen die drohenden Mächte des Unfriedens nichts anderes bedeutet als den Verzicht auf den Kampf für den Frieden selbst.

Während der Gegner unter dem Vorwand eines angeblichen Kampfes gegen den Bolschewismus alle Kräfte in der Welt in Bewegung setzt, die der Freiheit und dem Frieden feindlich gesinnt sind, sollen die Angegriffenen, um den Angreifer nicht noch mehr zu reizen, auf Verteidigung und Gegenangriff verzichten! Während jener die ganze Welt mit den Lügen seiner Presse, seiner Nachrichtenbüros, seines Rundfunks erfüllt, sollen sie sich selber freiwillig den Verzicht auf das Aussprechen der Wahrheit auferlegen, damit der Friede nicht gestört werde! Ja, man möchte am liebsten denen, die Deutschland verlassen haben, weil sie dort die Wahrheit nicht mehr aussprechen können, verbieten, im Namen jener Unglücklichen zu reden, deren Schrei in den deutschen Kerkern erstickt wird.

Das sind die Mittel, nicht den Krieg zu verhindern, sondern ihn desto sicherer herbeizuführen.

Es gibt nur ein Mittel, den Frieden der Welt zu retten: man muß den Völkern die Wahrheit sagen!

Verständigung ist nur möglich, wo Volk zu Volk ungehindert sprechen kann. Wo aber Völker so in Gewahrsam gehalten werden, daß die Stimme der Wahrheit nicht mehr zu ihnen gelangen kann, wo nur ein Wille, der Wille blutiger Gewalt, gilt, und nur eine Gesinnung, die kriegerische, dort sammeln sich Spannungen, die sich früher oder später furchtbar entladen müssen. Rettung bringen kann nur, wer die trennende Mauer durchstößt.

Was also im Interesse des Friedens notwendig ist, ist nicht der Verzicht auf

Streik in Rüstungsbetrieben

Abwehrkampf der Facharbeiter

Die DKW-Motorenwerke in Spandau kündigten eine Lohnherabsetzung an von 102 auf 94 Pfg. die Stunde. Daraufhin stellten 250 bis 300 Mann die Arbeit ein, ohne den Betrieb zu verlassen. So entsteht unter dem Zwang der Verhältnisse in Deutschland eine Betriebsbesetzung durch streikende Arbeiter. Solche Arbeitseinstellung ist natürlich Hoch- und Landesverrat, dagegen hilft nur die Polizei. Auf Anruf der Firma erscheinen zwei Wagen mit Gestapo, die von den Arbeitern drohend die Aufnahme der Arbeit verlangen. Für den alten Lohn von 102 Pfg. sind sie natürlich bereit, aber nicht für 94 Pfg. Selbst die Gestapo kann nichts erreichen.

Nunmehr erscheint die Bonzokratie der Arbeitsfront, welche die Gewerkschaften geraubt hat und verlangt ihrerseits die Arbeitsaufnahme. Doch ebenfalls ohne Erfolg. Wohl oder übel muß die Firma ihre Absicht auf Lohnreduzierung aufgeben, aber ihre Rache sucht sie zu kühlen an zwei Arbeitern, die von der Gestapo als Rädelführer verhaftet wurden.

Bei der Rheinischen Schrauben- und Mutternfabrik Bauer & Schauer in Neuß am Rhein, die Spezialschrauben für Flugzeuge und Tanks herstellt und 1500 Leute beschäftigt, kam es zu einem Streik in einer Facharbeiter-Abteilung. Die Firma gab am 10. August bekannt, daß in dieser Abteilung der bisherige Stundenlohn von Mk. 1.— auf 75 Pfg. herabgesetzt werden müsse. Daraufhin legten die 44 Mann, die von der Lohnsenkung betroffen wurden, geschlossen die Arbeit nieder. Die ganze Belegschaft, die unter einem fürchterlichen Antreibersystem steht und bei der das Arbeitstempo direkt gesundheitsschädlich ist, unterstützt die Streikenden um so mehr, als das bestehende Lohnberechnungssystem

so undurchsichtig geworden ist, daß niemand mehr mit Sicherheit seinen Lohn berechnen kann.

Zwangsarbeit für den Krieg

800 Erwerbslose zu Befestigungsarbeiten deportiert.

Am Freitag dem 21. August wurden 800 Erwerbslose aus Breslau der Stempelkarten beraubt, sie erhielten am Sonntag die letzte Unterstützung und mußten Sonntag früh nach Swinemünde und von dort mit dem Dampfer nach Königsberg fahren. Am Freiburger Bahnhof standen die Frauen, es gab tumultöse Abschiedsszenen. Eine Frau erlitt einen Nervenzusammenbruch, der Mann wurde sofort entlassen. Die Bezahlung für doppelten Haushalt skandalös, 45 Pfg. pro Stunde. Die Frauen erhalten für die ersten 13 Wochen die Familienzuschläge, pro Kopf 2,70 RM.

Diese Erwerbslosen müssen am Ausbau der Befestigungen schanzeln!

Ein Todesopfer

Selbstmord nach dem Zuchthausurteil.

In dem Prozeß gegen »Dewald und Genossene«, der am 7. August vor dem Berliner Kammergericht mit der Verurteilung von 9 Sozialdemokraten und Reichsbannerkameraden endete, wurde der Genosse Ackermann zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

In der Nacht nach dem Urteil beging er Selbstmord. Er hinterläßt Frau und Kind.

Die Todesanzeige durfte erst am Tage der Einäscherung veröffentlicht werden. Trotzdem gestaltete sich die Beerdigung zu einer ergreifenden Trauerkundgebung, an der mehrere hundert Freunde des Toten teilnahmen.

den »Kreuzzug der Weltanschauungen«, sondern im Gegenteil seine schleunige, umfassende Organisierung. Es ist notwendig, dem deutschen Volke zu sagen, wie die Welt über das System, nach dem es sich regieren läßt, denkt. Es ist notwendig, ihm zu sagen, warum sie den Friedensbeteuerungen der heutigen Machthaber Deutschlands nicht trauen kann. Es ist notwendig, ihm zu sagen, warum Deutschland, wie es jetzt ist, allen zivilisierten Völkern und allen geistig und sittlich hochstehenden Menschen als ein Hort an Barbarei und ein Herd kriegerischer Gefahren erscheint. Es ist notwendig, ihm zu sagen, daß es die Welt vor dem Krieg und sich selbst vor der Niederlage nur bewahren kann, wenn es sich aus der Knechtschaft befreit, in die es geraten ist.

Die deutschen Sozialdemokraten fordern nichts Unmögliches. Sie fordern aber den Verzicht auf eine Politik des Entgegenkommens den heutigen Herren Deutschlands gegenüber, die ihren schweren, opferreichen Kampf noch erschwert. Sie fordern für sich, soweit sie sich im Auslande befinden, Freiheit des Wortes im Kampfe gegen das deutsche Regierungssystem. Allen aufrichtigen und beherzten Friedensfreunden rufen sie zu:

»Nur die Wahrheit rettet den Frieden! Helft uns, dem deutschen Volke die Wahrheit zu sagen! Nur, wenn ihr mit offenem Visier gegen die Lügenmacht der Despotie kämpft, könnt ihr den Geist des Krieges besiegen!

Gegen Hitler, für ein freies Deutschland — so kämpft ihr für den Frieden der Welt!«

Europäische Unsicherheit

Hitlers Ziel: reaktionäre Klassendiktatur über ganz Europa.

Die Zeit naht heran, wo die europäische »Friedenskonferenz« zusammentreten soll, um einen Ersatz für den durch Hitler zerrissenen Locarnopakt zu schaffen. Auch der Völkerbund wird nicht umhin können, ein Lebenszeichen zu geben, das den Völkern die Tatsache ins Gedächtnis zurückruft, daß er formal immer noch existiert. Allerdings hat sich inzwischen das Bild Europas geändert. Bald wird es in den internationalen Beziehungen nur noch Unsicherheitsfaktoren geben. An die Stelle der kollektiven Sicherheit ist die kollektive Unsicherheit getreten.

Das ist der Zustand, den die Hitlerdiktatur herbeigesehnt hat, weil er ihre Manöver begünstigt. Ihr neuestes Manöver — gleichzeitig mit der provokatorischen Heeresverdoppelung — ist die Fühlungnahme mit der französischen Volksfrontregierung. Das Ziel der Hitlerpolitik gegenüber Frankreich bleibt das gleiche wie früher: Frankreich soll isoliert werden, das französisch-russische Bündnis soll unterwühlt werden. Demgegenüber sind die wirtschaftlichen Projekte, die Schacht verfolgt, so das Drängen auf Erneuerung des deutsch-französischen Handelsvertrages und der Versuch, Frankreich in ein Devaluationsabenteuer hineinzuziehen, nur Fragen zweiten Ranges, nur Mittel, nicht Zwecke der braunen Machtpolitik.

Das Hitlersystem verbirgt seine Ziele nicht. Die Göbbelspropaganda redet laut von der Notwendigkeit »einer Zusammenarbeit der Deutschen, der Engländer, der Franzosen — ohne Darwischentreten der bolschewistischen Mächte.« (Frankfurter Zeitung 435/436). Aber was soll die innere Struktur dieser Zusammenarbeit sein? Auch darüber herrscht vollste Klarheit:

»Was wir in Frankreich im Zusammenhang mit dem spanischen Bürgerkrieg erleben, läßt uns befürchten, daß die Wirren der französischen Innenpolitik eine solche Entwicklung noch nicht erlauben. Der Faktor Frankreich, so scheint uns, ist heute unberechenbarer als jemals. Das eigentliche Hindernis ist nicht mehr »Versailles«, sondern es hängt mit dem über Frankreich hinausragenden neuen Begriff der »Volksfront« zusammen, der Verpflichtungen und Freundschaften mit sich bringt, die das deutsch-französische Verhältnis beunruhigen müssen. Wir haben in Deutschland erlebt, daß ein Paktieren mit dem Bolschewismus lebensgefährlich ist, — die »Volksfront« denkt anders, innenpolitisch wie außenpolitisch. So entsteht eine Situation, die sich erst einmal ausreifen und klären muß, eine Situation, die des Ernstes und der Gefahr nicht entbehrt, aber zugleich eine

Die Kosten der Rüstung

30 Milliarden Rüstungswechsel. — Sand in die Augen!

Es sind erst wenige Monate her, seit Schacht in seinem »Deutschen Volkswirt« den Vorstoß gegen die uferlose Ausgabenwirtschaft und das immer bedenkenlosere Vorantreiben der inflationistischen Finanzierung unternommen ließ. Der Verschwendung der verschiedenen Partei- und Wirtschaftsorganisationen sollten Schranken gesetzt, der Ausplünderung des Volkes durch die »freiwilligen« Spenden Einhalt getan, aber auch das Rüstungstempo angesichts der immer schwierigeren Rohstofflage etwas verlangsamt werden. Die nationalsozialistische Diktatur antwortete damit, daß sie Göring zum Devisenkommissar einsetzte, dem dadurch prinzipiell die letzte Entscheidung über alle Wirtschaftsfragen überantwortet wurde. Schacht verstand und unterwarf sich — an den bisherigen Methoden wurde nichts geändert, das Rüstungstempo wurde nicht nur nicht verlangsamt, sondern noch beschleunigt. Selbst die bescheidenen Mahnungen Krosigks und Schachts, durch Steuererhöhungen wenigstens einen Teil des unheimlich wachsenden Defizits zu decken, wurden von den Nationalsozialisten abgewiesen. So blieb also nur die vage Hoffnung, daß, wenn erst einmal die außerordentlichen Ausgaben für die Anschaffung der Tanks und der schweren Artillerie, für die Flugzeuge, für die Motorisierung, für die Flughafen- und Kasernenbauten gemacht sein werden, dann eine Verlangsamung der ungeheuren Rüstungslasten eintreten könnte.

Die Heraufsetzung der Militärdienstzeit auf mindestens zweieinhalb Jahre macht auch durch diese Rechnung einen Strich. Sie bedeutet nicht nur eine sehr erhebliche Steigerung der fortlaufenden Ausgaben, des sogenannten ordentlichen Heeresbudgets, sondern auch eine neue Steigerung der außerordentlichen Ausgaben. Dabei spielen die Kosten für neue Kasernen noch die geringste Rolle. Weit entscheidender sind die neuen finanziellen Anforderungen, die die Vermehrung des gesamten Kriegsmaterials stellen wird. Die deutschen Rüstungsausgaben, die in diesem Jahre nach den von der englischen Regierung jüngst als richtig bestätigten Angaben Churchills die phantastische Höhe von 800 Mill. Pfund, rund 12 Milliarden Reichsmark erreicht haben, werden nochmals übergipfelt werden. Das muß

auch eintreten, selbst wenn man berücksichtigt, daß die Heraufsetzung der Dienstzeit ein schon seit langem — wohl seit Beginn der Wiederaufrüstung — geplanter Akt gewesen, daß also ein Teil der bisherigen Aufwendungen auf den neuen Armeestand berechnet war. Nun gesteht selbst die amtliche Finanzstatistik zu, daß die Einnahmen trotz ihrer Steigerung um rund 3 Milliarden Reichsmark gegenüber 1933 und trotz der Einsparung eines ungefähr gleichen Betrages an Sozial- und Arbeitslosenausgaben nie zur Deckung ausgereicht haben und gibt die Erhöhung der Reichsschulden vom Juni 1935 bis Juni 1936 mit 1,7 Milliarden an. Was sie aber nicht angibt, ist der Umlauf von Rüstungswechseln, den sehr gut informierte Berliner Kreise auf 25 bis 30 Milliarden schätzen. Die Beschleunigung der Aufrüstung hat zur Zeit der Besetzung des Rheinlandes eingesetzt und damit zugleich ist auch die Wechselreiterei in Galopp gefallen. Konnte man bis dahin den Betrag der monatlichen Wechselziehungen etwa auf 500 Mill. Reichsmark beziffern, so ist er jetzt auf rund 1000 Mill. RM. (im Monat!) zu schätzen. Ein Symptom für diese erhöhte Beanspruchung und erschwerte Unterbringungsmöglichkeit ist es, daß bei den Großbanken der Anteil an Wechseln mit über drei Monaten Laufzeit — das sind eben die Rüstungswechsel — im Gesamtportefeuille auf über 25 Prozent gestiegen ist, während er noch vor einem Jahr erst 5 Prozent ausmachte.

Daß unter diesen Umständen die Schacht und Krosigk ihre Bemühungen, die fortschreitende Finanzzerrüttung wenigstens etwas zu verlangsamen, wieder aufnehmen, ist begreiflich, und in den letzten Tagen waren auch Gerüchte von neuen großen Steuermaßnahmen verbreitet. Jedoch die Berge kreißten und eine lächerliche Maus wurde geboren. Statt der erwarteten großen Vermögensabgabe in Milliardenhöhe nach dem Muster von 1913, für die die großen Rüstungsgewinne Möglichkeit genug gegeben hätte, wird eine Erhöhung der Körperschaftssteuer vorgenommen. Dies geschieht zudem noch sehr vorsichtig. Für 1936 wird sie um ein Viertel, für 1937 um die Hälfte des bisherigen Satzes erhöht.

Die Körperschaftssteuer ist die Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften,

also vor allem der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Der bisherige Satz war 20 Prozent. Er wird also jetzt zunächst auf 25, dann auf 30 Prozent erhöht. Was bedeutet das finanziell? Vor der Krise hatte die Körperschaftssteuer zeitweise rund 600 Millionen Reichsmark gebracht, um schließlich bis auf 150 Millionen Reichsmark abzusinken. Sie erbrachte dann 1934/35 319,5, im folgenden Jahre 592,7 Millionen Reichsmark. Im April bis Juli 1936 ist eine weitere Steigerung zu verzeichnen; es wurden 230 Millionen gegenüber 118 Millionen in den gleichen vier Monaten des Vorjahres eingenommen. Das Mehraufkommen ist neben der Einbeziehung der früher steuerfreien Versorgungsbetriebe und einer Reihe anderer Änderungen wesentlich auf das Anwachsen der Gewinne aus den Rüstungsaufträgen zurückzuführen. Die Erhöhung um ein Viertel dürfte also etwa 175 Millionen an Mehreinnahmen erbringen. Und mit dieser Bagatelle, die gegenüber den 9,5 Milliarden Reichsteueraufkommen verschwindend ist, vergleiche man den neuen Milliardenbedarf, den allein die Verlängerung der Dienstzeit hervorruft. Es ist wirklich ein lächerlicher Schwindel! Schwindel, wenn die Nationalsozialisten sich rühmen, daß sie die Reichen besteuern und die Armen schonen. Denn die neue Steuer erfaßt im besten Fall nur einen kleinen Bruchteil der immer wachsenden Rüstungsgewinne. Sie verliert erst recht jede Bedeutung einer ausgleichenden Gerechtigkeit, wenn man bedenkt, welche schwere Belastung die Verlängerung der Dienstpflicht für die Arbeiter, Angestellten, Bauern und Handwerker bedeutet, denen die Steigerung der Lebenshaltungskosten vorher schon eine Milliardensteuer auferlegt hat. Schwindel ebenso in finanzieller Beziehung! Denn der Betrag deckt kaum einen Wochenbedarf der deutschen Rüstungsausgaben. Von einer ernst zu nehmenden Finanzpolitik kann also keine Rede sein. Es zeigt sich nur wieder, daß der Diktatur eine andere als eine inflationistische Finanzierung nicht möglich ist, und daß diese Steuererhöhung, deren sich die Nationalsozialisten jetzt so rühmen, nichts anderes ist als Sand in die Augen.

Dr. Richard Kern.

Situation, die sich durch ruhige Selbstsicherheit und Zielklarheit meistern läßt ...

Was nützt, sind stabile, handlungsfähige und entschlossene Regierungen, die an der Spitze revolutionsfreier Staaten stehen. Mit anderen Worten: der Aufbau muß beim Fundament beginnen. Wer diese These bejaht, wird sich fragen müssen: von woher werden die Fundamente dieser Staaten bedroht? Wer die Antwort nicht vorher wußte, erfuhr sie aus der Tragödie Spaniens. (Frankfurter Zeitung 435.)

Hier wird die Absicht der Expansion des Faschismus, des faschistischen Kreuzzuges gegen die europäische Demokratie restlos klar. Versailles — das ist eine überwundene Phase, eine preisgegebene Parole des deutschen Nationalismus. Jetzt zeigt er sein wahres, reaktionäres, klassenkämpferisches Gesicht. Überall in Europa die Diktatur reaktionärer, großbürgerlicher oder feudaler Regierungen über die Völker — das ist sein Ziel. Die Politik, die das Hitlersystem gegenüber Frankreich verfolgt, ist im Grunde reine reaktionäre Interventionspolitik.

Angeblich im Namen der nationalen Freiheit hat die deutsche Diktatur gegen Versailles gekämpft — aber die Freiheit der Völker, das ist ihr eigentlicher Erbfeind! Und während der französische Außenminister Delbos mit erhobenen Händen ausruft: »Nur keinen Ideenkrieg!« geht die Offensive der klassenkämpferischen faschistischen Propaganda mit brutaler Offenheit weiter.

»Niemand im Verlaufe der modernen Geschichte« — so ruft der Brüsseler People — »ist ein großer Angriff so offen vorbereitet worden wie der, den Hitler organisiert. Und während die Diktaturen in ihren Ländern jede Möglichkeit der Opposition oder der Kritik unterdrücken, wird die nationale und interna-

tionale Verteidigung der demokratischen Länder durch mächtige Fraktionen gefesselt, die vor allem anderen an die Erhaltung ihrer persönlichen oder Klassenprivilegien denken. Das ist der Hintergrund des Dramas, das sich gegenwärtig in Europa abspielt. Das wesentlichste ist, es zu verstehen. Wenn es die Völker begriffen haben werden, so werden sie nicht zögern, daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen.«

In dieser Lage Europas gehen diplomatische Verhandlungen vor sich, die immer stärker die Erinnerung an die Zeit des Wiener Kongresses hervorrufen. Man denke an die Tage der Olympiade! Es wird Zeit, daß öffentlich sichtbar wird, was im Geheimen gesponnen wurde!

Labour für Spanien

Die Konferenz der Arbeiterpartei in London hat ein Manifest beschlossen, in dem der Freiheitskampf des spanischen Volkes gefeiert wird. Das Manifest ruft zur Wachsamkeit auf, damit die Neutralitätskonvention nicht gegen die spanische Regierung mißbraucht werde. Der Nationalrat von Labour wird beauftragt, gemeinsam mit der SAI und dem IGB die Ereignisse zu überwachen und die Konferenz wieder einzuberufen, falls die Situation es erfordere. Das Manifest schließt:

»Inzwischen rufen wir alle Zweige der britischen Arbeiterbewegung auf, daß sie dem Internationalen Solidaritätsfonds für Spanien die größtmögliche finanzielle Unterstützung geben, damit aus diesem Fonds dem spanischen Volke humanitärer Beistand gewährt werden kann.«

Diese Solidaritätserklärung und diese Aufforderung zu menschlicher Hilfeleistung hat bei der faschistenfreundlichen und reaktionären Presse Englands heftige Angriffe hervorgerufen. Die Leute, die es in Ordnung fanden, daß Finanziere aus der City für den Verbrecher Franco sammeln, erheben nun ein besüßliches Geschrei über angebliche Neu-

tralitätsverletzung. Wahrlich, der spanische Kampf demaskiert die heimlichen Fischisten aller Länder!

Ein neuer Unsicherheitsfaktor

Der Sturz Titulescus.

Der Außenminister Rumäniens, Titulescu, eine der stärksten Stützen der Politik der Kleinen Entente und des Bündnisses mit Frankreich, ist in einer Form von seinem Posten entfernt worden, die man nur in faschistischen Ländern oder bei Gelegenheit von Staatsstreichen für möglich gehalten hätte. Trotz der Beteuerungen des Regierungschefs und des neuen Außenministers, daß der außenpolitische Kurs Rumäniens sich nicht ändern werde, hat dieser Streich in Frankreich und Sowjetrußland Befürchtungen hervorgerufen.

Man erinnert sich an Bulgarien und Griechenland, und man wirft die Frage auf, ob mit der Entfernung Titulescus nicht ein neuer Unsicherheitsfaktor auf dem Balkan entstanden sei, der das Spiel Hitlers und Mussolinis erleichtere. Man verweist auf die Gefahr, die Rumänien für seine neu erworbenen Provinzen laufe, wenn es sich ins Schlepptau der Faschisten begeben würde, man verweist darauf, daß Rumänien geradezu das Sprungbrett für die Pläne der Rosenberggruppe zur Eroberung der Ukraine abgeben würde, wenn es sich zum Vasallen des Hitlersystems erniedrigen würde.

Auf jeden Fall ist ein neuer, gefährlicher Unsicherheitsfaktor in Südosteuropa geschaffen worden und das unmittelbar vor der bevorstehenden Konferenz der Kleinen Entente.

Das Krankheitsbild

»Deutschlands Einigkeit meine Stärke, meine Stärke Deutschlands Macht.« (Eigenhändige Eintragung Adolf Hitlers in das Goldene Buch am Hermannsdenkmal.)

Brutalität gegen die Kleinen

Deutschland weist harmlose Holländer aus.

Ganz unversehens hat der kleine holländische Nachbar eine nachträgliche Probe des olympischen Geläses, der in Deutschland regiert, zu kosten bekommen. Die holländische Regierung hatte sich vor kurzem genötigt gesehen, der intensiven Wühlarbeit entgegenzutreten, mit der das braune System versucht, den an Deutschland grenzenden Bergwerkdistrikt Süd-Limburg sturmreif für eine deutsche Invasion zu machen: sie hatte vier deutsche Nazid-Agitatoren, die — entgegen einem für Fremde bestehenden ausdrücklichen Verbot — im Kohlengebiet politische Propaganda trieben, aus Holland ausgewiesen.

Auf diese durchaus berechnete Vorgehen der holländischen Regierung hat das Dritte Reich mit der Ausweisung von vier Holländern aus Deutschland geantwortet. Aber — wenn zwei das gleiche tun, ist es nicht das gleiche: Die vier ausgewiesenen Holländer hatten sich — im Gegensatz zu den ausgewiesenen Deutschen — nicht die geringste Uebertretung irgend welcher Vorschriften des Gastlandes zu schulden kommen lassen.

Man behauptet dies auf deutscher Seite auch nicht, sondern gesteht kaltblütig: es handle sich um eine Repressalie. Man hat sogar auf deutscher Seite zunächst die Unverfrorenheit besessen, der holländischen Regierung ins Gesicht zu drohen: sie habe die Ausweisungen der deutschen Agitatoren zurück zu nehmen, andernfalls werde Deutschland zu Vergeltungsmaßnahmen schreiten. Die holländische Regierung hat darauf erwidert: sie müsse es ablehnen, unter dem Druck derartiger Drohungen über die Sache weiter zu verhandeln. Darauf erfolgten die deutschen Ausweisungsdekrete. Unter den aus Deutschland Ausgewiesenen befindet sich u. a. ein Dolmetscher-Redakteur des offiziellen Allgem. Niederländischen Präsbüro.

Während in der holländischen Presse über den brutalen Provisionsverwuch des großen Nachbarn begriffliche Erregung herrscht, hat die deutsche Presse offenbar Anweisung erhalten, über die Sache nicht oder nur ganz unauffällig zu berichten. — Vor den olympischen Spielen konnten die Kuli des Propagandaministeriums den »stammverwandten Holländern gar nicht genug schmeicheln. Jetzt haben die Minheeren ihre hochvaluterischen Gulden in Berlin abgeladen — der Mohr kann gehn! M.

Polenfreundschaft

Ein interessantes Urteil des Bremer Amtsgerichts.

Während die reichsdeutsche Presse gerade in den letzten Tagen bemüht ist, ihre Polenfreundlichkeit unter Beweis zu stellen, schaffen amtliche Instanzen Tatsachen, die den Polenhaß in der deutlichsten Form dokumentieren. Hierfür spricht ein Urteil des Bremer Amtsgerichts vom 16. Mai, welches sich gegen eine gebürtige Polin richtet, deren Eltern schon vor Jahren die Reichszugehörigkeit erworben haben. Frau Wladislawa Rosalia Diegel, geborene Kusza, ist geschieden, sie erhielt bei der Scheidung die minderjährige Tochter Mathilde zugesprochen. Frau Diegel lebt bei ihren Eltern, ihr Vater hat sich vor Hitlers Machtantritt im polnisch-sozialistischen Sinne betätigt, was die Nachbarn veranlaßte, Zweifel zu erheben, ob das von einem deutschen Vater erzeugte Kind auch eine nationalsozialistische Erziehung erhalte. Das Jugendamt wurde zu Erhebungen eingesetzt und nunmehr wurde Frau Diegel die Erziehungsfähigkeit ihres Kindes abgesprochen.

Das Bremer Amtsgericht stellt in seinem Urteil vom 16. Mai fest, daß zwar die Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber die frühere polnisch-sozialistische Betätigung des Großvaters der Mathilde Diegel keine Gewähr biete, daß das von einem Deutschen erzeugte Kind auch eine nationalsozialistische Erziehung erhalte, zumal die nächsten Nachbarn der Familie Kusza im nächsten Bogen aus dem Wege gehen und auch das Jugendamt festgestellt habe, daß bei Kusza seit dem nationalsozialistischen Machtantritt keine Veränderung der Gesinnung und Einstellung eingetreten sei, was eine Gefahr für das deutsche Kind bedeute. Da die minderjährige Mathilde Diegel im Hause der Großeltern an einem Tisch esse und sich in deren Familienkreis bewege, sei die Gefahr für die nationalsozialistische Erziehung des deutschen Kindes besonders groß, was nur dann verhindert werden könne, wenn die Erziehungsberechtigung der geschiedenen Diegel entzogen werde.

Das Hanseatische Oberlandes-

Der Widerstand der Deutschbrasilianer

mn., Rio de Janeiro, Anfang August.

In der letzten Zeit wächst der Widerstand der Deutschbrasilianer gegen den Gleichschaltungsterror der NSDAP zusehends. Das hängt mit der Tatsache zusammen, daß die Nationalsozialisten die Stellung der Deutschbrasilianer (also der brasilianischen Staatsbürger deutscher Abstammung) immer schwieriger gestalten. Denn es fällt immer mehr brasilianischen Amtsstellen auf, daß die NSDAP aus den Deutschbrasilianern einen außenpolitischen Faktor für ihre imperialistischen Zielsetzungen machen will und gerade in Brasilien sehr dunkle Pläne verfolgt. Am deutlichsten ist die anmaßende Arroganz an dem »Dia do Colonos« zu erkennen, den die Deutschbrasilianer am 25. Juli feiern als Zeichen ihrer unlöslichen Verbundenheit mit ihrer brasilianischen Heimat. Diese Feiern, die zum Teil einen offiziellen brasilianischen Charakter tragen, werden nun von den NSDAP-Ortsgruppen zu Aufmärschen der Hitler-Jugend und zu einem Bekenntnis »aller Menschen deutschen Blutes« mißbraucht. Man sucht durch eine derartige Propaganda die Deutschbrasilianer davon abzuhalten, loyale brasilianische Staatsbürger zu sein, obwohl gerade der »Dia do Colonos« dazu dienen soll, die Bindungen der Deutschbrasilianer an Brasilien zu festigen.

Gegen diese Bestrebungen, denen die NSDAP in den brasilianischen Südstaaten wie Rio Grande do Sul, Parana und Santa Catharina durch dreiste Terrormaßnahmen Nachdruck zu verleihen versucht, wendet sich nun das »Deutsche Volksblatt« von Porto Alegre, das führende deutschbrasilianische Organ. Es beklagt, wie dank der agitatorischen und organisatorischen Arbeit der NSDAP der brasilianische Charakter des Festes völlig verwischt wird und sagt dann weiter:

»Es ist mit dem Sinn des Tages, an dem wir unsere Verbundenheit mit der brasilianischen Volksgemeinschaft zum Ausdruck bringen, unvereinbar, daß wir uns Lieder und Gesten zu eigen machen, die von einer uns fremden Regierung ihren Untertanen befohlen sind.«

Bei dem letzten »Tag der deutschen Ein-

wanderung« hat man, ganz selbstverständlich in den meisten deutschen Schulen der Stadt Porto Alegre das Horst-Wessel-Lied gespielt. Die einzige Streitfrage war nur, wie sich die Schulkinder bei der Gelegenheit zu verhalten hätten. Man kam schließlich in einer Schule zu der Lösung, die Kinder, die deutsche Staatsbürger sind, müßten den Arm zum Hitler-Gruß heben, die Kinder, die brasilianische Staatsbürger sind, könnten selbst entscheiden, ob sie den Arm heben wollten oder nicht. Zu dieser Entscheidung war man in Wahrheit aber nur gekommen, weil man doch eine gewisse Scheu hatte, die brasilianischen Kinder offiziell und ganz ausdrücklich zum Hitler-Gruß zu zwingen. Das »Deutsche Volksblatt« schreibt zu dem konkreten Fall folgendes: »Heißt das die Kinder zu treuen Staatsbürgern erziehen? Wenn das Armheben den reichsdeutschen Schülern zur Pflicht gemacht ist, weil es die, hierzulande übrigens nicht wirksamen deutschen Gesetze von ihnen so fordern, dann ist das doch das Unterscheidungsmerkmal, durch das sie als Reichsdeutsche gekennzeichnet werden. Dann kann es aber doch Brasilianern nicht freigestellt sein und durch die Freistellung nicht zugemutet werden, daß sie durch die maßgebliche Geste sich auch als reichsdeutsche Untertanen erweisen. Eine Schule, der die Erziehung der ihr überantworteten Kinder zu treuen Staatsbürgern nicht eine Phrase oder ein Selbstbetrug ist, hätte es ihren brasilianischen Schülern klar machen müssen, daß sie, solange Brasilien nicht auch die Uebung, Nationalhymnen mit erhobenem Arm, amtlich einführt, den Arm nicht heben dürfen. Die Erziehung zum »treuen Bürger« erfordert doch etwas mehr als die gelegentliche Ermahnung, daß man für sein Vaterland sterben muß, wenn es einmal Krieg gibt, sie verlangt die Vermittlung einer vaterländischen Gesamt-Lebenhaltung an die Schüler, auf daß sie sich in jeder Lage, und nicht nur, wenn einmal die Personalien verlangt werden, als Brasilianer bekennen. — Vielleicht hat die betreffende Schule auch nur, irgendwelchen auf sie ausgeübten Drucke folgend, es nicht gewagt, die einzig mögliche erklärende Weisung an ihre Schüler auszugeben. Dann wird man diesen Druck sich

bei passender Gelegenheit einmal näher ansehen und entsprechend ausdeuten müssen.«

In Wirklichkeit ist der Druck, der von der NSDAP und all ihren (zum Teil getarnten) Unterorganisationen ausgeübt wird, entscheidend für den Mißbrauch des »Dia do Colonos«. Für die Nationalsozialisten geht es dabei nicht nur um eine Gelegenheit, wieder einmal die Macht ihres Terrors zu erproben, dahinter stecken auch weiterreichende Pläne: man will den Deutschbrasilianern suggerieren, daß sie der ideologischen und materiellen Kommandogewalt Adolf Hitlers unterstehen, man will sie zu einer fügsamen und gefügigen Truppe für die phantastisch abenteuerlichen und verbrecherischen Kolonialpläne des Dritten Reiches in Südamerika machen. Daß sich die Deutschbrasilianer gegen diese dunklen Absichten zur Wehr setzen beginnen, erkennt man aus den von uns zitierten Äußerungen des »Deutschen Volksblatt« von Porto Alegre, erkennt man vor allem aber auch an den zahlreichen Niederlagen, die die NSDAP in der letzten Zeit in Südamerika im Kampf um die Gleichschaltung von Schulvereinen und Sportorganisationen erlitten hat.

Die Brasilianer, die freilich von dem Widerstand gegen die Gleichschaltung nur sehr wenig erfahren, gehen daran, wegen des nationalsozialistischen Einflusses auf Schule und Jugend das Tempo ihrer »Nationalisierungs«-Maßnahmen zu beschleunigen. Weil sie, durch Mitschuld vieler feigen in Brasilien lebenden Deutschen, oft an die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Deutschland glauben, geraten sie nur all zu häufig in eine Stimmung, die alles Deutsche mit Mißtrauen erfüllt ist. Wie auch anderwärts zeigt sich also auch in Brasilien, daß die Auslandsarbeit der NSDAP die Erhaltung des wirklich wertvollen Sprach- und Kulturgutes im Auslande nur gefährdet, und daß heute nur die Kräfte einer wirklich konsequenten Opposition gegen den Nationalsozialismus im Auslande eine nationale Aufgabe sondergleichen erfüllen. Sie dienen durch den Beweis, daß Deutschland und die NSDAP nicht identisch sind, dem Ansehen des deutschen Volkes in der Welt!

Berufliche Eignung

Parteinummer 3026.

Die beiden folgenden Nachrichten drucken wir genau so nach, wie sie durch die deutsche Presse gingen, ohne auch nur ein Komma, geschweige denn ein Verdienst der Avancierten wegzulassen:

Der Führer und Reichskanzler ernannte auf Vorschlag des Reichs- und preußischen Wirtschaftsministers den Regierungsrat Reinecke zum Ministerialbürodirektor im Reichs- und preußischen Wirtschaftsministerium. Reinecke, der sich besondere Verdienste um die nationalsozialistische Bewegung erworben hat, gehört der NSDAP seit dem Jahre 1922 unter der Nr. 3026 an.

Die Pressestelle des Oberlandesgerichts Hamm in Dortmund teilt mit: »Der Rechtsanwalt und Notar Pg. Hanns Semler in Bielefeld ist mit Wirkung vom 15. Oktober 1936 zum Generalstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts in Hamm ernannt worden.« Der neuernannte Generalstaatsanwalt steht im 35. Lebensjahr, wurde im September 1933 zum Notar ernannt und war bisher in der väterlichen Praxis als Rechtsanwalt tätig. Seit 1922 gehört er der NSDAP an, betätigte sich auch als Parteiredner und wurde 1930 Abgeordneter der NSDAP.

Im Anfang bemühte man sich noch, die eine oder andere berufliche Qualität hinzuzudichten — jetzt wird die Protektions- und Versorgungswirtschaft des nationalsozialistischen Parteistaates schon ganz schamlos und unverhüllt betrieben.

Görings Rechtsstaat

Der Lotterieleinnehmer Falkenberg steht vor der Kleinen Strafkammer Landgericht Berlin, Vorsitz: Landgerichtsdirektor Ohnesorge, angeklagt der Beleidigung des Präsidenten der Preussischen Staatslotterie und der Untreue dem Staat gegenüber. Der verurteilte Sachverständige, Lotterieleinnehmer Müller, Berlin, Friedrichstraße, beantwortet die Aufforderung des Vorsitzenden, sich zu der von den Nazi-Beamten wider besseres Wissen behaupteten Untreue zu äußern, wörtlich folgendermaßen: »Herr Vorsitzender, jeder zittert heute in Deutschland um seine Existenz, ich verweigere die Aussage.«

mißhandelt, darunter auch den sozialdemokratischen Stadtverordneten Straphel. Dieser ist sogar zweimal in seiner Zelle von Philipp durch Faustschläge mißhandelt worden. Die Methoden des Dritten Reiches werden also auch auf diesem Gebiet bereits in Danzig nachgeahmt.

Nürnberg — Kriegsgebiet

Neue Polizeivorschriften für den Nazi-parteitag.

»Die Organisationsleitung des Reichsparteitags 1936 gibt folgende Anordnung der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth bekannt...

»Die Verkehrsperre dauert vom Mittwoch, den 9. 9. 36 bis Dienstag, den 15. 9. 36, 2 Uhr. Das Sperrgebiet umfaßt den größten Teil der Stadt Nürnberg.

Während der Sperrzeit darf kein Fahrzeug in das Sperrgebiet einfahren oder im Sperrgebiet verkehren. Der Fernverkehr wird umgeleitet...

Während dieser Zeit ist Fahrzeugen, die das polizeiliche Kennzeichen II N... tragen, auch die Einfahrt in das Stadtgebiet gestattet. Im übrigen dürfen im Sperrgebiet nur solche Fahrzeuge verkehren, die besondere Fahrausweise besitzen. Die Fahrausweise werden nur in beschränkter Zahl und nur von der Organisationsleitung des Reichsparteitages ausgegeben.

Der Radfahrverkehr zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ist gestattet. Die Radfahrer müssen jedoch einen besonderen Durchfahrausweis besitzen. Radfahrer dürfen auch mit Ausweis die Altstadt, die Ringstraßen einschließlich der am Ring gelegenen Plätze und das Stadiongebiet nicht befahren. Nur solche Radfahrer, die wichtige Transporte ausführen, dürfen, aber auch nur in der Zeit von 22 bis 10 Uhr die Altstadt befahren. Sie dürfen aber die Ringstraßen nicht befahren, sondern nur überkreuzen.

Die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth macht darauf aufmerksam, daß die Verkehrsbeschränkungen mit aller Strenge durchgeführt werden. Fahrzeuglenker, die diesen Bestimmungen zuwiderhandeln, werden bestraft, ihre Fahrzeuge werden beschlagnahmt.

Deutsche Pressemeldung.

gericht hat nunmehr in seinem Urteil die näheren Umstände der Zeugenaussagen im Falle Diegel überprüft und das Vorgehen gegen die geschiedene Frau Diegel gutgeheißen. Dem Urteil wird hinzugefügt, daß eine fürsorgliche Mutter das Kind den schädigenden Einflüssen des großelterlichen Hauses entzogen hätte, da sie sich ja durch ihre Heirat zum Deutschtum bekannte. Wieder wird betont, daß das Kind von einem Deutschen erzeugt ist und deutsch erzogen werden müsse. Demnach wird gemäß § 1666 BGB der Frau Diegel die Erziehungsberechtigung entzogen und für das Kind ein Fürsorger bestellt.

Weil also der Verdacht besteht, daß die Großeltern des Kindes ihre polnisch-sozialistische Ueberzeugung beibehalten haben, ist die nationalsozialistische Erziehung des deutschen Kindes gefährdet. Die Nationalsozialisten haben ungewollt ein Urteil über sich selbst gesprochen; polnische Ueberzeugung gefährdet die großartige Idee Adolf Hitlers. In Warschau aber mag man über den Berliner Freund sich eigene Gedanken machen.

Danziger Methoden

Politische Gefangene werden mißhandelt.

Bei einer Verteilung von Flugblättern wurde der sozialdemokratische Stadtverordnete Straphel in Danzig von einer Horde bewaffneter SA-Leute verfolgt und umringt. Als die SA-Leute, insgesamt etwa 15 Personen gegen Straphel tätlich wurden, öffnete dieser sein Taschenmesser und schlug sich durch den SA-Haufen durch. Dabei wurde der 21 Jahre alte Nazi-Amtswalter Schulz durch einen Messerstich verletzt. Straphel wurde verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

Dort ist ein Wachtmeister Philipp beschäftigt, der ein besonders eifriger Nazi ist. Das hat ihn aber nicht abgehalten, aus den Beständen der Strafanstalt, Leder zu stehlen, damit die Strafgefangenen seine Stiefel bescholen sollten. Der Diebstahl wurde entdeckt und Philipp als Dieb überführt. Da Philipp sich aber große Verdienste um die hiesige Nazibewegung gemacht hat, wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt. Philipp, der selbst ein Dieb ist, bewacht weiter gefangene Spitzbuben. Auch politische Gefangene sind ihm unterstellt. Wiederholt hat nun Philipp politische Gefangene in ihren Zellen

Schöne Bilanzen - enttäuschte Hoffnungen

Die Gewinne der deutschen Rüstungsindustrie

Die Gewinnziffern der Aktiengesellschaften zeigen zwar nicht die wirklichen Gewinne der Unternehmer, wohl aber ihre Einschätzung der Gewinnchancen. In Erwartung günstiger Konjunktur wird den Aktionären mehr zugebilligt, andernfalls mehr für die Reserven zurückbehalten. Ein Vergleich der bilanzmäßigen Rentabilität, also des Verhältnisses von Aktienkapital und ausgewiesenen Reingewinn aus der jüngsten Zeit mit der Zeit vor Ausbruch des Dritten Reiches kann also aufschlußreich sein. Es betrug die Rentabilität, d. h. der Saldo zwischen Jahresgewinnen und Jahresverlusten bei den großen industriellen Aktiengesellschaften in Prozenten:

1927/28	6.6
1929/30	4.7
1930/31	2.3
4. Vierteljahr 1934	3.3
4. Vierteljahr 1935	4.8

Die Rentabilität der Hochkonjunkturzeit 1927/28 ist zwar längst nicht erreicht, aber die Gewinnziffern des halbwegs günstigen Jahres 1929/30 überschritten. Seit dem Tiefstande sind sie auf mehr als das Doppelte und seit dem letzten Jahre ziemlich stark gestiegen. Die Ziffern für 1934 und 1935 entstammen dem Artikel »Abschlüsse deutscher Aktiengesellschaften im 4. Vierteljahr 1935«, veröffentlicht in »Wirtschaft und Statistik«, 1. August-Heft. Die Zeitschrift könnte mit diesem Ergebnis zufrieden sein, ist es aber nicht ganz. »Die immer stärkere Ausnutzung der Produktionsanlagen infolge des erhöhten Umsatzes und der steigenden Beschäftigung führte dazu«, schreibt sie, »daß der Druck der fixen Kosten in den Betrieben immer mehr nachließ und die Gewinnüberschüsse daher wuchsen.« »Freilich«, fährt sie fort, »haben zwei Erscheinungen eine allzu starke Zunahme der Gewinne beeinträchtigt, das Ansteigen der Rohstoffpreise und die geringen Exporterlöse.« Diese Abschlußstatistik erfaßt von ungefähr 10.000 Aktiengesellschaften insgesamt nur 1500, die aber über 47 Prozent des am 31. Dezember 1935 vorhandenen Gesamtkapitals aller deutschen Aktiengesellschaften verfügen. Es sind also die Großunternehmungen, und zwar diejenigen, deren Bilanzstichtage zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember 1935 liegen. Ihre Jahresreingewinne stiegen von 481 Millionen 1934 auf 514 Millionen Mark 1935, also um 7 Prozent. Die Jahresverluste dagegen sind von 146 auf 30 Millionen Mark, also auf etwa ein Fünftel der Vorjahresziffer zusammengeschrumpft. Der Anteil der Aktiengesellschaften, die ihr Geschäftsjahr mit Reingewinn abschlossen, ist von 89 auf 93 Prozent des Gesamtkapitals gestiegen, dagegen der Anteil der Verlustgesellschaften von ein Zehntel auf ein Zwanzigstel des Gesamtkapitals zusammengesunken.

Allerdings wären die Gewinne weniger günstig gewesen, wenn nicht die Unternehmungen mit einem gewaltigen Ueberschuß der Produktionsfähigkeit über die wirkliche Produktion in die »Staatskonjunktur« eingetreten wären. Sie hatten den Vorteil, die Produktion erhöhen zu können, ohne den Produktionsapparat erweitern, Kapital in neue Anlagen stecken zu müssen. Mit dem Grade der Ausnutzung der bis dahin stillliegenden Produktionsanlagen sanken die Produktionskosten. Die Profitrate konnte um so höher steigen, als dank der Fürsorge des Hitlerregimes für die Unternehmer die Lohnausgaben weit hinter der Zunahme der Produktion zurückblieben, ihr Anteil an den Gesamtkosten also sank. Zum Teil darauf ist die günstige Gewinngestaltung zurückzuführen, daß die Kapitalaufwendungen für Neuanlagen entweder vermieden oder sogar von Schacht planmäßig verhindert wurden. Es wird in »Wirtschaft und Statistik« ausdrücklich festgestellt, »daß in einzelnen Wirtschaftszweigen infolge der hohen Kapazitäten Neuanlagen fast gar nicht errichtet wurden oder daß eine Neuerrichtung sogar gesetzlich verboten war.«

Immerhin war es begründet, daß sich allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres die Aktienkurse um 18 Prozent erhöht hatten. Es waren, wie der Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 26. August schreibt, »die Kurse am meisten bei denjenigen Industrien gestiegen, die die stärksten Impulse aus der öffentlichen Investitionskonjunktur empfangen, besonders bei Industrien der Metallgewinnung und -verarbeitung (Eisen und Stahl) und bei der Bauindustrie mit ihren Nebenzweigen (Zement)«. Der Aktienindex der typischen Investitionsgüterindustrie ist seit 1932 um rund 110 Prozent gestiegen,

also auf mehr als das Doppelte, der der Verbrauchsgüterindustrien usw. dagegen nur um rund zwei Drittel. Wie kommt es aber, daß trotz der schönen Bilanzen die Börse im Monat August eine Reihe von schwarzen Freitagen erlebt, daß ein recht heftiger Rückschlag eingesetzt hat, der noch anzuhalten scheint? Im August zeigen die Kurse wichtiger Industriegesellschaften folgende Entwicklung:

	4. August	29. August
AEG	38.8	36.7
Berlin-Karlsruhe	140.3	139.2
Daimler	128.8	118.5
I. G. Farben	170.2	158.1
Harpen	135.2	128
Stahlverein	111.7	103
Klöckner	115.7	108
Stöhr	116.7	109.7

Die Favoriten der Staatskonjunktur sind also von der Ungunst des Börsenglücks keineswegs verschont geblieben, sondern am meisten betroffen. Mit der Ursache dieses Rückschlags beschäftigt sich der Wochenbericht vom 26. August. Wie ist er zu erklären, obwohl doch »in den letzten Monaten die Ertragsverhältnisse in der Industrie unverändert günstig« waren? Man hatte »übertriebene Hoffnungen« genährt, die jetzt enttäuscht werden. »Vor allem hatte man damit gerechnet, daß die verhältnismäßig niedrigen Dividenden der Montanindustrie steigen würden. Damit ist es aber nichts, vielmehr haben jetzt schon einige Unternehmungen »vorzeitig« eine Obergrenze für die voraussichtliche Dividende bekanntgegeben; so hat Hoesch darauf hingewiesen, daß die Dividenden für das am 30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr kaum höher als 3.5 Prozent sein würde.« Man erinnere sich jetzt an der

Börse wieder aller Umstände, die die Ausschüttungen beschränken müssen. Darunter werden genannt »die teilweise unbefriedigende Erlösgestaltung trotz steigenden Mengenabsatzes (z. B. bei der Eisen- und Stahlindustrie), die Sonderbelastungen der Industrien usw.«

Offenbar ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, bei der Schwerindustrie vielleicht sogar überschritten, da die steigende Profitrate in Gefahr ist, ins Gegenteil umzuschlagen, weil die Produktionsanlagen bereits voll ausgenutzt sind und eine weitere Produktionszunahme neue Kapitalinvestitionen unvermeidlich macht. Daher spricht der Wochenbericht bereits von »einer Verknappung anlagebereiter Geldkapitalien«, die »zum mindesten die Neigung zu Kurssenkungen erhöht« hat. Nun, man darf die »Verknappungsanlage bereiter Geldkapitalien« nicht überschätzen. Der Herausgeber der Wochenberichte, Prof. Dr. Ernst Wagemann, ist nicht nur im Geiste, sondern auch durch zarte verwandtschaftliche Beziehungen mit der großen Industrie verknüpft. Sein Bericht ist offenbar eine Warnung an Schacht, die »Sonderbelastungen der Industrie« nicht zu vermehren. Diese Warnung scheint ein geneigtes Ohr gefunden zu haben. Denn im Kampfe mit Ley, der zu seiner Reklame fordert, daß angesichts der überhöhen Unternehmergewinne auch die Löhne erhöht werden, hat Schacht den Sieg erstritten. Es ist also dafür gesorgt, daß die Aufträge, die die Erhöhung der Dienstzeit der Industrie einträgt, überwiegend von den Arbeitern bezahlt werden. Solange sich die Arbeiter dies gefallen lassen!

G. A. F.

Neue Fleischknappheit

Während der Olympiade hat man sich alle Mühe gegeben, die deutsche Versorgungslage in möglichst günstigem Lichte erscheinen zu lassen. Jetzt macht man die Bevölkerung damit vertraut, daß neue Schwierigkeiten zu erwarten sind. Der »Zeitungsdienst des Reichsnährstandes« bereitet auf die bevorstehende Fleischknappheit die Öffentlichkeit schonend vor: Es sei augenblicklich nicht möglich, alle Wünsche der Verbraucher nach bestimmten Fleischsorten voll zu befriedigen. Der deutsche Schweinebestand sei zwar um 2 Millionen Stück oder rund 9 Prozent größer als zur gleichen Vorjahreszeit, es fehle aber im Augenblick noch schlachtreife Schweine, weil es im Wirtschaftsjahr 1935/36 wie in früheren Jahren nicht möglich gewesen sei, die knappe Futtergetreideernte durch ausreichende Importe aus dem Ausland zu ergänzen. Außerdem habe das ungünstige Erntewetter die Ernte verzögert, so daß der Landwirtschaft in diesem Jahre Schweinemastfutter später als sonst zur Verfügung gestanden habe. Da die Futtermittel in ihrer Gesamtheit gut zu werden verspreche und da der Schweinebestand an sich vollkommen ausreichend sei, könne jedoch damit gerechnet werden, daß im Oktober eine wesentliche Zunahme der Schweineanlieferungen einsetzen werde. Bis

dahin könne man nur für eine möglichst gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Schweine sorgen. Zur Versorgung der Hauptverbrauchsplätze wolle man auch wieder die Einfuhr von Schweinen aus dem Ausland steigern.

Aber nicht nur mit der Schweinezufuhr hapert es, auch die Rindfleischversorgung ist ungenügend, aber auch da begnügt sich der Reichsnährstand mit leeren Versprechungen. Die Rindfleischversorgung werde durch den langsam einsetzenden Weideabtrieb eine Erleichterung erfahren. Der sehr gute Stand der Weiden führe zu einer hohen Ausmästung der Tiere, was wohl eine gewisse zeitliche Verzögerung im Antrieb, aber hernach um so größere Fleischmengen und bessere Qualitäten mit sich bringe. Da Obst und Gemüse gegenwärtig reichlich zur Verfügung stehen, werde die zur Zeit erforderliche mäßige Einschränkung des Fleischverbrauchs ohne größere Schwierigkeiten überall möglich sein. Im übrigen bestehe die Möglichkeit, auch noch mehr als bisher zum Verzehr von Fischen überzugehen.

Eier teuer und knapp, Fleisch knapp und teuer — die Organisationskünste des Darré zeigen immer prächtigere Resultate.

Ein Ei, aber kein Kolumbus

Eine Hauptsorge des Darré bildet augenblicklich der Eiermarkt, denn da scheint seine Organisationskunst die größte Verwirrung angerichtet zu haben oder, wie das »Frankf. Zeit.« kürzlich milde, aber immerhin deutlich ausgedrückt hat, der »Apparat der nährständischen Marktregelung kommt, seitdem durch die wachsende Nachfrage nach Eiern gewissermaßen (!) eine latente Knappheit das Marktbild beherrscht, mit dem raschen Wechsel der Versorgungslage organisatorisch zunächst nicht mehr recht mit.« Damit wird der Bankrott der Darréschen Politik auf einem nicht unwichtigen Gebiet ganz offen ausgesprochen und um so offener als es mit der angeblich so stark »gewachsenen Nachfrage«, die als entschuldigende Erklärung dienen soll, nun wirklich nichts ist. Denn 1934 lag, wie die »Fr. Z.« selbst zugibt, der städtische Eierverbrauch — der ländliche ist ziemlich konstant — mit schätzungsweise 3,5 Mdn. Stück um 30 Prozent unter dem Stand von 1929 und 1930, ein Rückgang, wie er bei keinem anderen Nahrungsmittel in ähnlicher Weise festzustellen sein dürfte.

Darré reduzierte 1934 die Einfuhr von rund 2,7 Mdn. Stück auf 1,3 Mdn. 1935 ging die Einfuhr nochmals auf 1,1 Mdn. zurück. Resultat war zunächst ein starkes Anziehen der Eierpreise. Der Index (1909—1914 = 100)

stieg von 115 im Wirtschaftsjahr 1932/33 auf 132 in 1935/36, wobei, wie wir noch sehen werden, die wirklichen Preise weit höher liegen, als sie der Index anzeigt. Von der Preissteigerung erwartete der Darré eine Steigerung der Eierproduktion. In Wirklichkeit ging aber der Hühnerbestand weiter zurück, da Darré die Futtermittel so stark verteuert und sie zeitweise überhaupt vom Markt vertrieben hatte. Die Eierfirmen, die auf Futterzukauf angewiesen waren, gingen vielfach zugrunde, aber auch für die bäuerlichen Kleinbetriebe, die Hauptträger der Eierzeugung, wurde die Futterbeschaffung immer schwieriger. Das spezifische Hühnerfutter, Gerste und Mais, war in den letzten beiden Jahren am Marke kaum erhältlich und der Weizen war auf die Dauer zu teuer, obwohl der Verkaufserlös des Landwirts für das Ei nach der »Fr. Z.« trotz der gesunkenen Verkaufsmengen um etwa 60 Prozent über dem Krisentiefstand liegt. Und daran wird sich auch in der nächsten Zeit nicht viel ändern. Denn die unzureichenden Gerste- und Maismengen werden im neuen Wirtschaftsjahr nicht einmal für den angewachsenen Schweinebestand ausreichen.

Bei der Eierknappheit, die es in Deutschland vor der glorreichen nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ja nie gegeben hat,

handelt es sich also nicht um die angeblich so stürmisch gestiegene Nachfrage, sondern um eine durch Darré künstlich herbeigeführte Verringerung des Angebots. Das weiß das deutsche Publikum und deshalb versucht es mit allen Mitteln und unbekümmert um die Vorschriften, sich Eier zu verschaffen; in diesem Bestreben findet es die rückhaltlose Unterstützung der Bauern, die ihrerseits nichts von der Zwangswirtschaft Darrés wissen wollen. So ist der Eiermarkt völlig desorganisiert. Der Schwarzhandel, die Direktversorgung, der Postversand haben sich stark ausgebreitet. Die städtischen Haushalte suchen nach Möglichkeit sich Eierreserven zu verschaffen. Der Absatz einer bekannten Fabrik für Eierkonservierungsmittel soll sich in diesem Jahre vervielfacht haben. Zusammenfassend berichtet die »Frankf. Zeit.«:

»Die Folge dieser starken und auf irreguläre Versorgungswege abgedrängten städtischen Nachfrage war eine weitgehende Zerspaltung des Preisniveaus; für die »schwarze« gehandelten Eier (z. T. aber auch für die normale Handelsware) wurden in den Städten häufig Preise gezahlt, die mit den gesetzlichen Höchstpreisen in keiner Beziehung mehr standen. Das ungestempelte Ei, bei dem die Preisbildung am schwierigsten durchzuführen ist, drang dabei immer weiter vor. Diese Entwicklung bedeutete naturgemäß einen Anreiz für den Hausierhandel, auch der Landwirte mit ihren eigenen Erzeugnissen, der in manchen Gebieten ein ganz ungewöhnliches Ausmaß annahm. Infolge dieser Entwicklung soll zeitweise nur noch ein Sechstel des Eieranfalls in die Hände der marktregelnden Stellen gelangt sein.«

Was tut nun Darré? Da er aus Devisenmangel weder die Eier-, noch die Futtermiteinfuhr ausreichend steigern kann, setzt er die Eierpreise wieder um 2 Pfennige hinauf, um die böse Nachfrage zu strafen — freilich sehr zur Freude des Handels, der so zu seinen Beständen beträchtliche Gewinne verbuchen konnte. Und für den Winter muß für das Frischei noch mit einer weiteren Erhöhung gerechnet werden, da ein frisches Ei nach der nationalsozialistischen Weltanschauung nur ein Luxusgenußmittel für die Führer aller Art, aber nicht für die Masse ist, die die Kühlhausbestände zu konsumieren haben wird.

Die Eierknappheit wird also voraussichtlich zu einer Dauereinrichtung der von Darré unentwegt gehobenen deutschen Agrarwirtschaft werden. Unentschieden bleibt, welche andere Knappheiten sich in jeweils wechselnder Verbindung hinzugesellen werden.

R. K.

Braune Kriegsvorbereitungen

Die Wehrpflicht in Deutschland gilt für alle Männer bis zum 45., in Ostpreußen bis zum 55. Lebensjahre. Danach könnte man die aufzustellende deutsche Armestärke berechnen. Doch diese Begrenzung steht nur auf dem Papier. In den verschiedensten Orten Deutschlands sind Männer von 46 bis weit über 50 Jahren im Falle einer Mobilmachung bereits jetzt zum aktiven Militärdienst verpflichtet. Sie erhielten folgende

Kriegsbeorderung

Muster B.

Herrn

Sie haben sich nach Bekanntgabe des Mobilmachungsbefehls, ohne einen anderweitigen Befehl abzuwarten,

sofort in Wehrbezirkskdo. Sammelplatz

zu stellen.

Die Militärpapiere sind mitzubringen. Die Bestimmungen auf der Rückseite dieses Befehls sind zu beachten.

Rückseite.

1. Die Kriegsbeorderung ist geheim zu halten.
2. — — — — —
3. — — — — —
4. Die Nichtbefolgung der Kriegsbeorderung wird nach den Kriegsgesetzen bestraft.
5. Der Einberufene steht vom Beginn des Stellungstages ab unter den Kriegsgesetzen.
6. Vom Erhalt dieser Kriegsbeorderung haben Sie Ihre vorgesetzte Kriegsdienststelle, bzw. Ihren Arbeitgeber sofort zu benachrichtigen.

Dieser Befehl gilt auf der Eisenbahn als Fahrtausweis bis zum Stellungsort.

Sehr wichtig ist die Ziffer 6. Die nicht mehr militärpflichtigen Empfänger der Kriegsbeorderung haben keine »vorgesetzte Kriegsdienststelle« und müssen deshalb ihren Arbeitgeber sofort benachrichtigen. Das läßt auf höchste Kriegsbereitschaft schließen, denn der Unternehmer muß nach Kenntnisnahme von der Einberufungsmöglichkeit des nichtmilitärpflichtigen Arbeiters oder Angestellten sofort bei der Militärbehörde die Freistellung beantragen, falls der Betreffende aus kriegswichtigen Gründen an seiner Arbeitsstelle belassen werden muß. Die Vorbereitung ist bis zum letzten Gamaschenknopf fertig!

Verschärfter Kulturkampf nach der Olympiade

Das System im Kampfe gegen das Christentum

Es ist deutsche Art, den oft allzu schnöden Dingen dieser Welt ihre transszendentale Seite abzugewinnen, ja, sie sogar als das Ausschlaggebende anzusprechen und danach zu handeln. Kein anderes Volk der Welt kennt aus seiner Vergangenheit den Religionskrieg, wie das deutsche. Gar nicht anders, wie im heutigen Spanien, befindet sich auch das Dritte Reich mitten in einem sehr hitzigen Bürgerkrieg. Eine lächerliche Behauptung der Göbbels-Propaganda, Deutschland sei — zufolge seines Regierungssystems — »das ruhigste Land des Kontinents« ... Es ist nur eben die deutsche Art, die einen Bürgerkrieg mindestens für's erste nicht um Forts und Gebirgspässe, sondern um »Ideen«, nicht um strategische Operationslinien und militärische Versorgungszentren, sondern um irgend einen »Sinn des Lebens«, um die Fundamente bloß moralischer Existenz, um metaphysische Belange jedweden Betrachts führt. Freilich, dann hängt es nicht immer allein von den Deutschen ab, wann und wie weit am Ende doch aus dem Kampf um das Gebet ein Kampf um Gewehre wird ...

Das Dritte Reich wird zwar nicht in seinem äußeren Aspekt und an seiner der Umwelt zugekehrten Fassade, aber um so tiefer im Innern, so lange es schon besteht, von einer Auseinandersetzung beherrscht, die mit der Formel: »Hie Christ, hie Antichrist!« zwar nicht vollständig und genau, aber doch im groben Umriß das Bild dieses latenten und chronischen Bürgerkrieges hinwirft. Je länger dieser Krieg währt, um so klarer erhebt sich auch sein wahres Gesicht aus der Wirnis verhüllender Einzelheiten. Und um so mehr wird auch sichtbar, daß er eben ausgeht und ausgehen muß und daß die Illusion, ihm durch Kompromisse und Arrangements, Formeln und Kniffe ein Ende machen zu können, zur Unfruchtbarkeit verurteilt ist. Als das Dritte Reich mit seinem Sturm auf Parteien und Gewerkschaften, auf Marxisten und auf Juden begann, gewöhnte man sich im Hinblick auf das Maß der gezeigten Greuel daran, bei den gleichzeitig einsetzenden kulturkämpferischen und kirchenpolitischen Zwangs- und Enteignungsmaßnahmen ein wenig despektierlich als von einem »Nebenkriegsschauplatz« zu reden. Aber, wer es auf die Dauer so sehen will, sieht nicht die Wirklichkeit der Dinge; er übersieht zum mindesten, wie schon überhaupt der deutsche Bürgerkrieg zu spielen gewohnt ist: Er möchte gern Faust auch auf der Barrikade sein ...

Nichts charakterisiert den Grad der Verstrickung, in dem sich die Kämpfer zur Stunde befinden, deutlicher, als die Tatsache, daß im Hinblick auf den wieder fällig werdenden Nürnberger Parteitag der Nazis ernsthaft die Version sich verbreiten konnte — drinnen und im Ausland — Hitler werde auf ihm endlich die Gründung und Proklamation der »Deutschen Nationalkirche« vollziehen. Ganz gleich, ob diese Version sich bestätigt oder nicht — wir selbst glauben nicht daran, weil das System unendlich mehr aktuellere Sorgen hat — daß sie überhaupt aufkommen konnte, ist das Entscheidende! Sowohl in wie noch mehr außerhalb dieser »Nationalkirche« wäre dann für etwas anderes in weltanschaulich-sittlicher Beziehung, als die Vergötzung naturwissenschaftlich-materialistischer Werte, wäre für den christlichen Gedanken in Deutschland kein auch noch so bescheidener legaler Raum mehr vorhanden. Selbst die katholische Kirche, vom Protestantismus ganz zu schweigen, würde dann auf die Stufe einer x-beliebigen Sekte, ausgeschlossen auch von der geringsten öffentlichen Mitarbeit, schikaniert und geknebelt von allen Behörden, hinuntergedrückt. Ganz ohne Zweifel: mit solchen Plänen kokettiert der »positive

Christ-Hitler, spielt förmlich der von ihm entfesselte weltanschauliche Blubonihilismus! Im katholischen Sektor insbesondere bereitet man sich ferner nicht nur auf neue praktische Annulierungen des Konkordates und die völlige Herausnahme der Volkserziehung im Schulmäßigen von jedweder bisherigen kirchlichen Einflußnahme vor, nachdem auf der nationalsozialistischen Lehrertagung in Bayreuth Mitte Juli der Selbstmord des deutschen und des preußischen Lehrervereins zugunsten der Schemm-Pädagogen verkündet werden konnte und doch das ganze in eine wüste

An diesem Stand der Dinge bietet sich das einigermaßen überraschende und verblüffende Schauspiel, daß die protestantische Gläubigkeit eigentlich erbitterter und unveröhnlicher kämpft, als die katholische Welt. So lange als es noch um die freilich völlig imaginäre und illusionäre Vereinbarkeit von Nationalsozialismus und christlichen Gedankengut und nur um den Grad der Gleichschaltung der Kirchenapparaturen ging, galt der Katholizismus — schon als international ausgerichtete geistige und moralische Macht — als der Hauptträger des Widerstandes von

Auf jeden Fall hat die Bischofskonferenz von Fulda — unmittelbar nach der Olympiade zusammenberufen — trotz der ungeheuren Verschärfung der Kampfsituation keinen Beschluß gefaßt, der von seiten des Katholizismus irgend etwas zur weiteren Zuspitzung oder gar zur Explosion beitragen könnte; immer noch fühlt sich die Hierarchie stark genug, auch die schlimmsten Dinge vorläufig an sich herankommen zu lassen. Anders die protestantische Glaubenswelt! Nuncmehr ist — innerhalb ganz kurzer Frist — der dritte feierliche Protest- und Anklageschritt der sogenannten »Bekenntniskirche«, die sich auch »Bruderrat der Bekenntnissynode« oder auch »Vorläufige Leitung der deutschen evangelischen Kirche« nennt, ergangen. Dieses Mal sogar in einer Form, daß erkenntlich wird, es soll eine unmittelbare Entscheidung im Kampf erzwungen und der bisherige latente Guerillakrieg zwischen brauner Behörde und bekenntnistreuem Pfarrer durch Aufrollung der ganzen Machtfrage — so oder so — beendet werden. War es schon mehr als auffällig, daß bei dem vorangegangenen Protest — einer persönlichen, unerledigt gebliebenen Eingabe an Hitler selbst vor wenigen Wochen — unter Nichtachtung der bisherigen opportunistisch-ängstlichen Methode vom rein theologisch-kirchlichen Streit abgegangen und offen und mutig grundsätzliche Fragen der christlichen Moral unter ausdrücklichem Hinweis auf Konzentrationslager und Gestapo-Methoden vorgerückt wurden, so geht die jetzige dritte Offensivaktion noch weiter: Sie attackiert mit ausdrücklicher Namensnennung die Nationalsozialistische Partei als die wichtigste Quelle des Bankrotts des Christentums im Dritten Reich, sie attackiert also den nationalsozialistischen Staat im Grundsätzlichen selbst, der ja eben auf seiner Identität mit der Partei beruhen will; und die gewählte besondere Form — nicht mehr die schriftliche Eingabe, sondern die offene Verlesung von allen bekenntnistreuen Kanzeln des Reiches — tut mit unverkennbarer Absicht ein Uebriges, um sich nicht nur einem Detachement, sondern dem ganzen Feind — dem Hitlerstaat als solchem, seiner Staatsräson, seiner Methode, seinem moralischen Prestige — zu stellen. Das ist endlich die heroische Haltung, die der untadelige Karl Barth bisher immer vergebens im Namen des Mannes der Bergpredigt von den Koch und Niemöller gefordert hatte ...

Wie stehen die Chancen für beide Parteien, wenn es, wie die Absicht der protestantischen Gläubigkeit ist, zur offenen Feldschlacht zwischen System und Glauben, zwischen Hitler und Luther kommt? Nicht übersehen darf man vor allem, aus welcher chaotischen Wirnis heraus sich erst diese heutige Haltung der Bekenntniskirche herausarbeiten mußte; die verheerende Desorganisation im kirchlichen Komplex, in dem theologische Begriffsstützigkeiten von Pfründeninteressen, politische Kindernaivitäten von pfäffischen Biedermannsgesten sich geradezu ablösen ließen, hängt auch noch weiter als lähmendes Zentengewicht dieser Aktion an, die doch eigentlich befreien und erlösen sollte. Freilich, beim unmittelbaren Gegner, im »positiv-christlichen« Ressort der Hitlererei, ist es nicht viel besser. Da sind die »Deutschen Christen« derart aufgespalten, das zum Beispiel eine ihrer größten Landesorganisationen, die von Thüringen, sich längst einen ganz eignen Heiland, den »nordischen« Heiland, zugelegt hat und damit die Vereinsmaxime ganz auf eigene Faust ungestraft bestreitet. Da ist die »Leitung der deutschen Reichskirche«, in der die Bischofsinteressen noch kunterbunter durcheinander gehen, wie die verschiedenen Landesbischofsbekenntnisse. Da ist ein von Hitlers Kerri eingesetzter »Reichskirchenausschuß« zur »Befriedung des deutschen Kirchenlebens«, in dem Wurm gegen Zöllner, Intendant gegen Ministerial-

Faschistische Ideologie



Der Retter der europäischen Kultur



Das landfremde marxistische Element

Terroransage gegen den noch verbliebenen Rest der katholischen Lehrerorganisationen und die »mittelmeerländische« (Nes: humanistisch-christliche statt »nordische«) bisherige Erziehungsgrundlage geendet hatte, sondern man sieht im Geiste Angehörige des hohen und niederen Klerus wegen der bereits annoncierten dritten Serie von antikirchlichen Tendenzprozessen — nach den Devisen- und den Sittlichkeitsdelikten jetzt auch Hochverratsverbrechen! — in die Zwinger der Gestapo und der Justiz wandern.

Die solchergestalt herrschende Hochspannung im Kulturkämpferischen wurde zwar durch die Olympiade zunächst auf Zeit abgedämpft, die nicht nur einige Stürmer-Briefkästen an den Knotenpunkten des Fremdenverkehrs schmachfriedensmäßig verschwinden ließ, sondern auch sogar offenkundig-anationalsozialistische Abzeichen — so die der protestantischen Jungmänner-Bewegung (Ymca) — allenthalben in den Knopflöchern wieder sichtbar werden ließ, sientemalen sich ja Leichtathleten durchaus nicht nur aus Schirach-Fruchtchen und SA-Heroen rekrutieren. Daß während der Olympiade dennoch eine Predigt der Bekenntniskirche in Berlin, bei der auch englische Anglikaner erschienen waren, polizeilich inhihiert wurde, war eben nur ein Regiefehler der »Abteilung zur besonderen Verwendung«. Die Olympiade ist nun vorbei; das Spiel — Nürnberg inklusive — kann beginnen ...

der christlichen Bastion her, während der Protestantismus, in seiner Entstehungsgeschichte bereits alle Keime zu jedweder Art von nationalistischer Inflation in sich tragend, eher als eine naiv-unpolitische Stütze, denn als ein Hemmnis des Regimes wirkte. Das hat sich im heutigen ernsteren Stadium des Kampfes verschoben, und zwar aus mancherlei Gründen: Nicht nur bei den aktuellen gleichzeitigen Ereignissen in Spanien, auch anderswo in der Welt hat sich die Kurie für das autoritäre Regierungsprinzip gegen die Demokratie (»Bolschewismus« sagt hier der »Osservatore Romano« genau so wie die »Wiener Reichspost«) engagiert. Wenn aber Hitler in Deutschland stürzt — was anders könnte an seine Stelle treten, als wieder eine Demokratie, die freilich gerade aus der Hitlererei gelernt hätte, wie man es anders macht, als in den »vierzehn Jahren«? Aber die katholische Kirche kann auch wegen ihrer ungleich größeren organisatorischen Festigkeit mit dem Kredit ihrer Gläubigen ganz anders operieren, wie die einzelnen Nachfolger Luthers oder Melancthons. Gerade in kritischen Stunden kann die alte Kirche, die auch einen Borgia siegreich überstanden hat, darum immer noch lavieren und ausweichen, wenn's ihr die Taktik so vorschreibt, während der Protestantismus, auf den Kredit des einzelnen Seelsorgers und der einzelnen Gemeinde angewiesen, sich stellen muß, um nicht verloren zu sein.

Bündnis mit Hitler?

Fuldaer Bischöfe für Hitlers Weltbetrugsrezept

direktor, Bäffchen gegen Ehrendolch immer feste intrigieren. Da ist schließlich der Reibi — immer noch der Reibi — der von der Bibel wie ein Sergeant in der Instruktionssunde hin und wieder als von »so'nem Kram« spricht und der die ganze Dekadenz dieses Protestantismus, wenn er schon solche Typen überhaupt zeugen konnte, einer baß stauenden Umwelt eindringlichst klarlegt.

Aber sind die Chancen des Systems in dem Entscheidungskampf, wenn er endlich beginnen sollte, besser? Gerade im Hinblick auf die antichristlichen Kulturgreuel seines Regimes werden Hitler persönlich ebenso, wie seine siegreiche Parteilgarde, immer mehr und immer unzweideutiger das allerschwerste Hemmnis gerade für die Außenpolitik, die ihr System als sein ureigenes Patent ansieht: für die weltpolitische Kooperation mit England. Man braucht dazu nämlich — und das stellt sich trotz aller Ribbentroperei immer schöner heraus — nicht nur ein paar spleenige Lords, sondern die englische Volksmeinung! Wie aber, wenn Hitler zu den Juden- und Marxistenverfolgungen jetzt auch neronische Christenmorde hinzufügt? Wird er dadurch — auch mit anderthalb Millionen Soldaten im Land — für die gerade im puritanischen Gewissen empfindlichen Briten aller Klassen und aller Parteien bündnisfähiger? Nur ein vollends Verrückter kann das glauben! Erinnern wir uns aber noch daran, daß der alte Hindenburg im »Schmachfrieden« mit dem »Führer«, den ihm eine schwache Stunde aufgezwungen hatte, Vieles und sogar das reinlichste, sogar den Mord an seinem Hausfreund Schleicher und an so manchem aus der ostelbischen Vetternschaft, wortlos geschluckt hat, daß er aber einmal — nur ein einziges Mal in entwürdigenden anderthalb Jahren — aufgefahren ist gegen den »Führer und Reichskanzler«, gegen seine eigene Kreatur, als Hitler im Sommer 1933 die ersten Gewaltakte gegen evangelische Pfarrämter in seine Siegesbulletins eintrug. Damals warnte der alte Reichspräsident in einem in der ganzen Presse abgedruckten persönlichen Handschreiben vor Fortsetzung dieses Treibens.

Es bleibt aber auch im Falle eines solchen offenen Krieges von System gegen Kirche die natürliche sittliche Anlehnung, die Millionen von stillen Hassern des Regimes, auch wenn sie aus anderen als christlich-kirchlichen moralpolitischen Erwägungen zu »Staatsfeinden« geworden sind, als die Seelsorger, bei diesen suchen werden, wenn sie wirklich kämpfen wollen. Auch sehr skeptische Beurteiler der Situation im Ausland — Beurteiler bürgerlicher Auffassung, wie es der der »Baseler Nationalzeitung« sicher ist — wollen nicht die große psychologische Bedeutung dieses letzteren Faktums verkennen. Wenn schon das Dritte Reich eine

Auf die neue Situation, die durch Spaniens Kampf um seine bürgerliche Freiheit und um seine Ordnung im Sinne eines modernen und sozialen Rechtsstaates für die katholische Hierarchie im internationalen Rahmen entstanden ist und aus der sie für ihr Verhältnis zu Hitler, ganz unbekümmert um dessen theologische und moralische Seite, vorbehaltlos die Folgerungen bezüglich Deutschlands ziehen will, haben wir bereits mehrfach in jüngster Zeit hingewiesen. Nuncmehr liegt die in Fulda beschlossene Denkschrift der deutschen katholischen Bischöfe vor, die von »aufrichtiger Volksverbundenheit und christlicher Staatstreue« im Verhältnis zum braunen Regime devotest daherredet und nur die Einzelfälle antikirchlichen Terrors in Deutschland (gleichsam als wären sie nur Fetteflecke auf einer sonst blütenweißen Weste) zur Sprache bringen will — aber selbst das nur in »deutscher« Ehrlichkeit und Offenheit. Um diese »deutsche« Ehrlichkeit und Offenheit weiß bekanntlich die Welt, weiß vor allem das Londoner Foreign Office, das es sogar in Weiß- und Blaubüchern dokumentarisch festgehalten hat, wie oft es in drei Jahren gründlich »deutsch« belogen und betrogen wurde. An der entscheidenden Stelle des denkwürdigen Fuldaer Dokumentes heißt es aber:

»Wenn jetzt Spanien den Bolschewismus erlauge, wäre das Schicksal Europas zwar noch nicht endgültig besiegelt, aber

einzigste Autosuggestion breiter Massen ist, dann wäre jenes eben ein tiefer Einbruch in diese psychische Massenverkrampfung. Qui vivra, verra! F. E. Roth.

Wie Napoleon III.

Als Gast bei Millionären.

Die »Daily Mail« vom 14. August 1936 bringt nachstehende Berichte über offizielle Dinners und Feste in Berlin.

Berlin, Donnerstag.
Gestern Abend gab Herr Hitler ein Dinner für 150 Personen in seinem wunderbaren, neuen modernen Speisesaal. Dieser große Saal ist an die Reichskanzlei nach dem Garten zu angebaut worden. Alle Einzelheiten des Planes und der Ausschmückungen waren von Hitler persönlich bestimmt worden. An der Decke sind Mosaikquadrate in blau und gold, welche die Wirkung eines blauen Himmels hervorrufen. Die einzige Verzierung der cremefarbenen Wände ist ein großer Gobelin. Der Saal ist zirka 36 Meter lang mit sechs Säulen aus rotem Marmor auf jeder Seite. Die Säulen sind sechs Meter hoch. Der Raum wird von der Decke und den Wänden aus beleuchtet.

Goldene Kandelaber.

Das Dinner war die erste formelle Staats-

zeremonie seitdem Hitler Reichskanzler ist. Der Haushofmeister war in schwarze Seide gekleidet, trug Kniehosen, hatte einen Admiralshut unter dem Arm, einen Salondeggen und einen eisenbeinernen Stock. Herr Hitler stand neben ihm im Vorraum um seine Gäste zu empfangen.

Die drei Tafeln, welche große goldene Kandelaber trugen, waren in Hufeisenform geordnet. Am Kopf saß Herr Hitler mit Lady Vansittart zur Rechten und Sir Robert Vansittart gegenüber . . . Lord Clydesdale, Lord und Lady Rennell, Lord und Lady Aberdare, Lord Barnby und der Schreiber dieses waren die einzigen britischen Gäste.

Der Kanzler trug Abendkleidung. Viele der deutschen Gäste trugen die Uniformen der schwarzen Garde und der Sturm-Truppen. Vierzig oder fünfzig Diener servierten. Sie trugen blaue Livreen mit Silberschnüren, weiße Strümpfe, waren meistens ältere Männer und mit langen Reihen Kriegsauszeichnungen geschmückt . . . Nach dem Essen fand ein Konzert statt mit den besten Sängern des Berliner Opernhauses.

Nach der am Sonntag stattfindenden Schlußfeier der Olympischen Spiele, denen Hitler täglich beigewohnt hatte, gedenkt er

in beängstigende Frage gestellt. Welche Aufgabe damit unserem Volke und Vaterland zufällt, ergibt sich von selbst. Möge es unserem Führer mit Gottes Hilfe gelingen, dieses ungeheuer schwere Werk in unerschütterlichster und treuester Mitwirkung aller Volksgenossen zu lösen.

Was heißt vor allem dieser letzte, ein wenig dunkle Stoßseufzer? Soll also der Himmel, den ja diese Herren hienieden zu repräsentieren behaupten, nach ihrem Geschmack und Willen die Bombenflugzeuge segnen, die man so freigebig hat nach drüben gelangen lassen? Muß sich der liebe Gott wirklich auf die Kommandobrücke von S.M.S. »Admiral Scheer« zerran lassen? Soll das besagen, daß als einzige souveräne Macht auf Erden (und das ist ja immer noch der Vatikan) der Papst in Rom die selbst von allen »antibolschewistischen« Potentaten gütigst gewährte formale Neutralität nicht beobachten will? Welche förmlich ungeheuerliche Perspektive!

Aber es ist schon so: Die spanische Theokratie liegt der Tiara und ihrem Herrscherinstinkt näher als die deutsche Diaspora — diese sowieso problematische Nebensache! Im Deutschland der polternden Barbaren von Wittenberg blüht nur die katholische Apologetik und Sittenlehre; aber dort, wo die

sich nach Berchtesgaden, seinem Bayrischen Heim, zu begeben, um sich auszuruhen.

Görings Fest.

Heute Abend veranstaltete General Göring auch seine offizielle Schlußfeier der Olympiade. Am Sonntag wird Herr Göbbels, der Propagandaminister, sein Fest auf einer Insel in den westlichen Seen Berlins abhalten.

General Görings Feier wurde in den großen Gärten abgehalten, die zwischen der offiziellen Residenz als Preußischer Ministerpräsident und dem kolossalen neuen Luftministerium liegen. Noch nie seit den glanzvollen Tagen des ersten französischen Kaiserreiches hat man ein derart großartiges, abwechslungsreiches und prunkvolles Fest gesehen. Die Gärten wurden mit Scheinwerfern der deutschen Luftflotte taghell beleuchtet.

Angst. Auf der Olympiade hat eine verrückte Ausländerin Hitler geküßt. Eine Anzahl seiner unmittelbaren Leibwächter sind entlassen worden, weil sie die Frau bis zu ihm durchdringen ließen.

Die Großmutter. Der Leiter des »Olympischen Dorfes«, Hauptmann Fürstner, hat sich erschossen. Seine Neider haben ihm eine jüdische Großmutter vorgeworfen.

Deutsches Dienstpflichtlied

(Melodie: Ich bin ein Preuße...)
Am Strand der Spree und am Canale grande
Siehst Du jetzt überall das gleiche Bild:
Die Völker folgen einzig dem Kommando,
Zum Knechtgehorsam werden sie gedrillt.
Man hält sie an der Strippe.
Kein Mensch riskiert 'ne Lippe.
»Die Augen rechts — Hand an die Hosennaht!
Du bist kein Bürger mehr, Du bist Soldat.«

Ein Jährchen nur, so heißt's, ist abzudienen.—
Im Handumdrehen sind es plötzlich zwei.
Und ist der große Tag des Kriegs erschienen,
Dann kommt das dritte, kommt das vierte bel.
Man hält in Mussolinis
Von wegen Absessinien
Noch bei den Fahnen manchen Jahrgang ein:
O welche Lust, Soldat — Soldat zu sein!

In Deutschland fängt der Drill schon an beim
Knaben.
Dem Arbeitsdienst folgt das Soldatenjahr,
Und glaubst den Bimms Du hinter Dir zu
haben,
Dann tönt's: Das Vaterland ist in Gefahr!
Das Schwert bleibt umgekoppelt,
Die Dienstzeit wird verdoppelt.
Nur weiter »Kniee beugt!« und »Köpfe rollt!«
Ihr lieben Deutschen habt es ja gewollt!

Einst sprach man: »Keinen Mann und keinen
Groschen!«
Der Bürger war es, der so aufgemuckt!
Heut wird, wer widerspricht, brutal verdroschen
Und von den Göbbels-Kulis angespuckt.

Wie sie Euch kommandieren,
So habt ihr zu parieren.
Drum klage nicht, Du weißt es ja: Du mußt!
Stimmt an: »Das Dienen ist des Deutschen
Lust!« Muckl.

Herz auf Taille

In Hitlerdeutschland soll künftig etwas mehr Herz vorgetäuscht werden. Das Heroische hat sich abgetragen, hat Farbe gelassen, und dem Ausland soll dargetan werden, daß die deutsche Weitherrschaft immer noch erträglich sein könnte als Sozialismus oder Bolschewismus. Namentlich während der Olympiade sollten die Fremden einen gemütvollen Eindruck beziehen. Durch die Spalten der gleichgeschalteten Presse flackern diese seelischen Anwandlungen eines doch eigentlich verjudeten Humanismus schüchtern weiter. In der DAZ konnte man einen sentimentalsten Nachruf auf die abgereisten Fremden lesen. »Wie nett waren alle diese Menschen, wie angenehm und lebenswert der Mensch überhaupt sein kann! O Wunder, wenn man bedenkt, wie es in Spanien zugeht! Könnten die Menschen nicht immer so sein, wie sie bei ihren Festen sind?« Da hat die DAZ wohl besonders lebhaft an die braunen Konzentrationslager ringsum gedacht, in denen seit Jahren unschuldige Menschen zuschanden gequält werden, und es wird Zeit, daß Göbbels wieder etwas mehr Heroismus anbefiehlt. Sonst geht es so weiter, wie in einem Feuilleton der Kölner Volkszeitung. Dort wird ein wehmütiges Abschiedsbild vom Bahnhof gebracht, ein Mann entschwindet mit dem Zuge und eine Frau bleibt allein zurück:

»Es ist, als bemerkte sie die vielen Menschen nicht, die auf dem Bahnsteig um sie herumstehen. Sie ist auf einmal ganz allein. Alles um sie her ist kahl und nackt und leer. Sekundenlang steht sie ohne Bewegung. Dann preßt sie das Taschentuch vors Gesicht und geht langsam, mit unsicheren Schritten, der Treppe zu. Scheu, fast ehrerbietig, machen die Leute ihr Platz. Sie geht durch eine Gasse wie durch ein Spalier des Volkes. Hunderte Augenpaare sehen ihr nach, wie sie, einsam und verlassen, das Taschentuch vor den Augen, die Stufen hinabsteigt und in der Dunkelheit des Tunnels verschwindet.«

Ja, es geht nichts über das Gemüt des Dritten Reiches! In diesen Monaten rüsten sich Tausende, um Hitlerdeutschland zu verlassen. Deutsche Juden, Frontkämpfer und Kriegsverletzte darunter, die für Deutschland bluteten, als Herr Jost noch Satiren gegen die Landesverteidigung schrieb. Sie wandern ins Heimatlose hinaus, weil man ihnen nur das Verhungern im Ghetto läßt und Streicher wieder registriert. Bald wird manche Frau so (wie oben) auf dem Bahnsteig stehen. Aber die K. V. wird keine gefühlvollen Kurzgeschichten darüber bringen und die Menschen werden durchaus nicht »schem, fast ehrerbietig Platz machen . . .« Viel eher könnte es passieren, daß einer von Hitlers tapferen Kämpfern brüllt: »Hier werden keine Abschiedskomödien und Meckereien vollführt! Lassen Sie gefälligst das Herz zu Hause brechen, sonst könnte ihnen was Menschliches passieren, o!e Ziege!«

Wie angenehm und lebenswert der Mensch sein kann, schmalzen die Gleichgeschalteten und verweisen ihre Leser mit knalligen Ueberschriften auf die Barbarei in Rußland und in Spanien.

Siebzig Pfund schwer

Führergeist nach Gewicht!

Bis vor einigen Tagen fand in Berlin, sicherlich im propagandistischen Zusammenhang mit der Olympiade, die große Ausstellung »Deutschland« statt, auf der etwas besonders Merkwürdiges gezeigt wurde. Lassen wir die deutsche Presse (wir zitieren die ehemals katholische »Bayrische Volkszeitung«) am liebsten darüber selbst sprechen:

»In der Mitte des Kulturraumes aber wird auf 965 Pergamentseiten das mit der Hand geschriebene Werk des Führers »Mein Kampf« liegen. Dieses auf eine der gesamten Menschheitsgeschichte beispiellos darstellende Weise schicksalgestaltende Buch wurde in Mühlhausen in Thüringen hergestellt, wo allein die Kunst der Pergamentzubereitung noch geübt wird. Das Erz für die Eisenplatten der Einbanddeckel wurde in Dillingen gefördert, während Kölner Handwerker das Schmieden des Rohelens übernahmen. Die mühsame Arbeit des Schreibens wurde in einem Berliner Atelier durchgeführt, ebenso die Montage und das Binden des siebzig Pfund schweren Buches...«

Nun gibt es freilich neben dieser unbestreitbaren Sehenswürdigkeit in der Berliner Ausstellung auch noch einen »Raum des deutschen Genies« mit den Büsten der drei größten Deutschen, nämlich Goethes, Kants und Beethovens. Anscheinend unterscheiden sich diese drei von Hitler dadurch, daß man bisher noch nichts davon gehört hat, daß der »Faust« oder die »Kritik der reinen Vernunft« oder gar die »Mondscheinsonate« nach Gewicht verkauft worden wäre. Bei Hitlers Buch ist das freilich etwas anderes. In diesem Sinne: ein Vivat

Braune Sklavenkunst

Mythus und Talmikunst im Dritten Reich

In der NS-Kulturgemeinde, der Organisation nationalsozialistischer Kunstbanans, herrscht große Wut darüber, daß ein Teil der gleichgeschalteten Blätter über die Veranstaltungen der NSK mit ziemlicher Distanz berichtet. Kürzlich erst hatte die »Frankfurter Zeitung« gewagt, die Reichstagung der NSK zu bekräftigen und zu betonen, es genüge nicht, die Maßstäbe für Künstlerisches der eigenen Rassenseele zu entnehmen, das müsse auf die Dauer zur Verflachung führen. Während fielen etliche Naziblätter über diese Meckerei her. Unterirdisch tobte ein Krieg zwischen zweierlei Kunstlagern, der bei solchen Gelegenheiten zutage tritt, ein Krieg, der von seiten der Nazi vor allem den Resten der übrig gebliebenen bürgerlichen Presse gilt. Hitlerblätter brachten jüngst eine Plauderei, in der sich Manuskripte nachts zur Geisterstunde unterhielten; einer dieser Geister wurde so behandelt:

»Jetzt erst stellte sich der zweite Fremde vor: er stoterte mit einer widerlich weichen Stimme: »Erlauben die Herrschaften, ich bin die Zurückhaltung, die sich unsere gutbürgerliche Presse auferlegt, wenn wir über Begeisterung, über Leistungen oder über die großen Erfolge im nationalsozialistischen Deutschland berichten sollen. Immer sachlich und — zurückhaltend, das bleibt die Parole...«

Darauf flohen sämtliche Manusse in den Papierkorb und verstummten:

»Denn besser ist es, im Papierkorb zu enden, als Lesestoff für Abonnenten einer zurückhaltenden gutbürgerlichen Zeitung zu sein.«

Dieser letzte Anschein eines Redaktionswillens, der über das von Göbbels Befohlene temperiert berichtet, muß weg, denn der Kitsch der NSK leidet darunter am meisten. Gegen die letzten Reste von Kunstkritik tobte ein Buch, das jüngst erschien, im Dienste der braunen Banausenorganisation geschrieben wurde und betitelt ist: »Zweierlei Kunst in Deutschland?« Nein, donnert der Verfasser, es darf nur eine Kunst in Deutschland geben, nämlich die nationalsozialistische, und der »Bund der Verschworenen«, nämlich alle jene, die auf Rosenberg und den Mythus schwören, werden dafür sorgen, daß bei allen Malern, Schreibern und Musikanten die Totalität des Mythus siegt:

»Aus der Reihe der Unzähligen, deren Seele vor dem Gestalt werdenden Mythus in die Knie sinkt, ersteht der Kreis aller derjenigen, die darüber wachen, daß der praktische Wiederaufbau des Reiches der Idee des Mythus entspricht.«

Die Seele sinkt in die Knie! Solches den Leuten klar zu machen, ist bei Wotan nicht leicht, denn »in welcher Richtung

sich der positive kulturelle Aufbau zu vollziehen habe, darüber entscheidet allein der sichere Instinkt...« Und dieser Instinkt fehlt in manchen Blättern, darum müsse zunächst einmal mit der »überalterten Kritik« aufgeräumt werden. An den »Mißverständnissen des Kunstwinters 1934/35« sei allein diese zweierlei Kunstauffassung schuldig. Da ist der »überalterte Stab der Berliner Kunstkritik«; er mißachtet die braunen Kultspiele, er »bekundet lediglich ein gewisses schwaches Interesse den Aufführungen gegenüber, die im Sommer auf den Thingplätzen der einzelnen Gauen vorstatten gehen, und begnügt sich auch da mit einer teilnahmslosen, lediglich referierenden Berichterstattung.«

Und so ergeht es auch der »neuen« Malerei und Plastik. Beim Verein Berliner Künstler wird nicht mit »Heil Hitler« begrüßt. Weg mit diesen heimlichen Anhängern des Liberalismus! Es ist zwar wenig brauchbarer Nachwuchs da, aber trotzdem müssen andere her, denn der neue Aufbruch und Umbruch verlangt es. — In diesem Kauderwelsch dreht und windet sich der Federwart des Bundes der Verschworenen, und wer da denkt, auf den hundertzwanzig Seiten endlich etwas Greifbares über die gedanklichen, theoretischen Grundlagen der vielbesungenen neuen Kunst zu erfahren, ist ein unheilbarer Naivling. Schon nach wenigen Leseproben merkt man, daß es ernsthaft Gedanken über Aesthetisches in der NSK nicht geben kann, denn die einzige Richtschnur, die sie für »richtiges Kunstverhalten« zu reichen hat, bleiben Glauben und Mythus. Glauben an was? An den Mythus, an die Bluboseele der motorisierten Germanen. Da gibt es immer noch eine gewisse Sorte Intellektueller, die bilden sich ein. Rosenbergs Buch vom deutschen Mythus »mit Einwendungen formaler und begrifflicher Art widerlegen zu können«. Aber:

»Man wird in solchem Falle fast immer das beste tun, wenn man eine Unterhaltung auf dieser Basis von vornherein restlos ablehnt... aus der Erkenntnis heraus, daß sich das innere Wesen dieser intellektuellen Kritiker und sein Schwergewicht von der gesunden Mitte zwischen dem Bereich des Herzens und des Hirns zugunsten des letzteren verlagert hat.«

Restlos verlagert, bei Gott! — Es gehe auch nicht an, daß man Rosenberg damit abtue, seine Anhänger trieben es mit ihm, wie die Marxisten mit dem Namen Marx, denn der Mythus, nämlich die Summe des germanischen Erberinnerns, sei etwas Religiöses, sei eine Angelegenheit des Glaubens und entziehe sich logischen Deduktionen:

»Die bis zum hohen Glauben an den

Mythus gesteigerte Hingabe an die Zukunft allein bewahrt vor der Gefahr, ein Neues mißzuverstehen und ein Altes noch für lebendig zu erachten. Der Glaube und der gesunde Instinkt allein beseitigt das Gerücht von den zweierlei Richtungen im geistigen, kulturellen und künstlerischen Leben.«

So steht's dort auf Seite 80! Keiner dieser großschnüßigen Burschen kann deutsch schreiben. Man lese:

»Dieser Glaube an den Mythus formt den heutigen Menschen so stark, daß an seinem Gebaren sofort zu erkennen ist, inwieweit er ihn besitzt. Die spöttische und nicht harmlos-fröhliche Art, in der ein Volksgenosse einen politischen Witz weitererzählt, die hemmungslöse Aufgeschlossenheit, mit der er einem politischen Gerücht Raum gibt, oder die Art, in der er irgendeine Maßnahme, die ganz von oben her oder von einer untergeordneten Stelle angeordnet wird, kritisiert, kennzeichnet die Glaubenslosen auf den ersten Blick. Wer die Unterhaltung über Gerüchte rücksichtslos ablehnt mit dem Bemerkten, daß, was für gut befunden werde, schon bekanntgegeben werden würde, und wer die Aussprache über eine unzulängliche Maßnahme zurückweist mit dem Hinweis darauf, daß von heute auf morgen kein Ideal vom Himmel auf die Erde herabzuziehen sei, der ist gläubig.«

Also nur keine Diskussionen, Kinder, der Gläubige fällt dabei herein, es ist wie mit der Religion, und für den Mythus und die irdischen Reichtümer der neureichen Bonzerie gibt es nun mal keine diskutierbaren Erklärungen. Vom Künstler des Dritten Reiches jedoch muß gefordert werden, daß er diesen nebulösen braunen Glauben gestaltet. Jeglicher Individualismus hat aufzuhören; uns interessiert nicht die Seele des einzelnen Künstlers, sondern lediglich die Seele Deutschlands. Entscheidend, Künstler, ist »ausschließlich Deine Leistung und die Art, wie Du Deine Aufgabe erfüllst...« Daß diese Art abhängt von dem Besonderen, Individuellen der Seele eines Künstlers, daß ein Motiv an sich noch nichts ist, sondern erst gesehen durch das Temperament des Künstlers, zum Kunstwerk werden kann, daß Stoff, Idee und das Individuelle der Künstlerseele die bekannten Hauptbestandteile des Kunstwerks ausmachen, daß darum also die künstlerische Individualität eine entscheidende Rolle spielt und Kunst schon deshalb keine Normung verträgt — darauf kommen die Rosenberge und Rosenzweige überhaupt nicht! Und sie müssen ergrimmen, wenn sie plötzlich über eine Aufführung von Grabbes »Scherz, Satire und tiefere Bedeutung« in der »Köln. Volkszeitung« lesen (Sperrung wie im Original):

»Und so hätte denn diese zeitsatirische

Literaturkomödie, der wir kaum etwas die Seite zu setzen haben, ihre Unvergänglichkeit durch die Subjektivität allein. Das sind freilich auch die Grenzen ihrer tieferen Bedeutung.«

Wieder diese verdammte Subjektivität, dieser liberalistische Individualismus, dieses starke Besondere des Künstlers, das ja auch Goethe, Schiller usw. zu den Großen, Unvergänglichen macht. Die NSK müßte sie eigentlich verbieten, weil »die Subjektivität« dieser Großen zu stark ist und wir heute von der Seele eines Shakespears bewegt werden, nicht von der des damaligen englischen Volkes.

Stillübungen wie die Kampfschrift dieses prominenten Rosenberg-Jüngers beweisen die ganze entsetzliche Armut und Knechtseligkeit der NSK und des gegenwärtigen sogenannten deutschen Kunstlebens. Wehe, wenn solche Herrschaft zu lange währt! Es müßte eine grauenhafte Verödung und Entseelung dieses Volkes ergeben. Bruno Brandy.

Deutsche Rechtsprechung

Erst das Parteibuch — dann der Schulbeweis.

Was ist die Aufgabe eines deutschen Richters? »Recht zu sprechen«, antwortet der Laie. Falsch. Die Aufgabe eines deutschen Richters ist es zunächst, den Angeklagten nach seiner Parteizugehörigkeit und nach seinem parteilichen Dienstgrad zu fragen. Was ist die nächste Aufgabe des deutschen Richters? »Recht zu sprechen«, antwortet der Laie unentwegt und greift natürlich wieder daneben. Die nächste Aufgabe des deutschen Richters ist es, die Behauptungen des Angeklagten »seiner Parteizugehörigkeit betreffend« genauestens nachzuprüfen. Wir zitieren wörtlich eine Pressemeldung aus dem Reichsjustizministerium:

»Der Reichsjustizminister weist in einer Verfügung darauf hin, daß nach den Richtlinien für das Strafverfahren der Beschuldigte bei seiner Vernehmung zu fragen ist, ob er Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen sei. Es sei nun wiederholt vorgekommen, daß Beschuldigte diese Frage wahrheitswidrig bejaht hätten. Der Minister ersuche daher, in Fällen, in denen der Beschuldigte Mitglied der NSDAP oder einer Gliederung zu sein behauptet, diese Angaben, sofern sie zu Zweifeln Anlaß geben, nachzuprüfen. Dies soll so geschehen, daß der Beschuldigte zur Vorlage der Mitgliedspapiere veranlaßt oder daß bei der zuständigen Dienststelle der Partei oder Gliederung Rückfrage gehalten wird.«

Wenn man nach dieser Belehrung einen Laien zum dritten Mal fragt, was die Aufgabe eines deutschen Richters sei, wird er ins Stottern kommen. Recht zu sprechen kann seine Aufgabe jedenfalls nicht sein, sonst bedürfte der Angeklagte keines Parteibuches.

Demonstration in New York. Bei der Abfahrt des deutschen Dampfers »Bremen« von New York demonstrierten 150 Antifaschisten an Bord der »Bremen« gegen das Dritte Reich.

auch unsererseits dieser guten Idee! Sie trifft wirklich den Ewigkeitswert der neudeutschen Bibel.

Im übrigen: Alle Zitate aus Reden des »Führers und Reichskanzlers«, die in Büchern verwendet werden, müssen jetzt vor Drucklegung im Manuskript der »Parteiämterlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums« vorgelegt werden, wie der Vorsitzende dieser »Kommission«, Herr Reichsleiter Bouhler, soeben dekretiert hat. Da kann man dem zu schützenden »NS-Schrifttum« freilich gratulieren, daß es endlich entdeckt zu haben scheint, wie man — Retuscheure an die Front! — auch aus Rübenschneitzeln edlen Wein machen kann.

Die „höchste“ Instanz

Die »Deutsche Literaturzeitung«, die immerhin das Organ der sechs deutschen Akademien der Wissenschaften ist und auf ihrem Umschlag einige Gelehrtennamen trägt, welche verpflichteten sollten, bringt in Nr. 32 vom 9. August die Besprechung einer germanistischen Doktorarbeit über Richard Wagners »Tristan und Isolde«. Der Rezensent, der emeritierte Rostocker Professor Wolfgang Golther ist als fanatischer Wagnerianer erboet, daß die Verfasserin u. a. zu schreiben wagt:

»Ein endgültiges Urteil über Richard Wagners »Tristan und Isolde« darf man noch nicht fällen.«

Was führt der pensionierte Ordinarius gegen diese sehr vorsichtige Meinung ins Treffen? Welche sachlichen Argumente macht der alte Wissenschaftler geltend? Weasen Urteil stellt er gegen die Ablehnung Nietzsches und Tho-

mas Manns? Ein deutscher Gelehrter von heute macht das so:

»Derlei Bemerkungen scheinen mir im Dritten Reich nicht mehr zeitgemäß. Mir jedenfalls gilt die Einstellung des Führers zum »Tristan« mehr als das Urteil eines Nietzsches und Thomas Mann.«

Damit basta. Adolf Hitler ist auf Seiten der Wagnerianer, das genügt. Er ist die oberste Instanz nicht etwa nur in politischen Dingen, nicht als Staatsoberhaupt oder Parteiführer, nein, auch in Dingen der Kunst und wohl auch aller übrigen Lebensbereiche. Obwohl sich jeder, der ein paar Seiten in »Mein Kampf« gelesen hat, vom Bildungsgrad und wissenschaftlichen Urteilsvermögen dieses Mannes ein hinreichendes Bild machen kann.

Für die Bereitwilligkeit, mit der die deutschen Beamten nicht am wenigstens die Professoren sich vor den Dogmen der heute herrschenden Clique in den Staub werfen, fehlt jeder Vergleich. Die vielberufenen Mamelucken waren geradezu charaktervolle Diener ihrer Herren dagegen. Und selbst am Hofe des Kaisers Nero behaupteten nur diejenigen, der Despot sei auch ein großer Künstler, die das in seiner nächsten Umgebung unbedingt tun mußten.

Das große Würfelspiel

Wenn die Toten zurückkehren...

Der Text des »Frankenburger Würfelspiels«, das aus Anlaß der Olympiade mit ungeheurem szenischen Aufwande auf dem Freilichttheater aufgeführt wurde, ist jetzt bei Albert Langen — Georg Müller in Buchform erschienen. Sein Autor, der nicht unbegabte Parteidichter, Eberhard Wolfgang Möller,

hat gewiß nicht geahnt, daß sich alle Freiheitskämpfer darauf freuen, sein Stück später einmal aufführen zu können, wenn Deutschland von seinen braunen Ausbeutern gereinigt sein wird. Was ist sein Inhalt? Unter Anlehnung an ein altes Volkspiel wird ein mittelalterlicher katholischer Herzog vor einem höheren Richterstuhl zur Verantwortung gezogen, weil er unter Verrat und Eidbruch ein paar protestantische Bauern hinrichten ließ. Auf diesen Herzog braust das himmlische Strafgericht herab, mit Worten und mit Versen, die auf meinedrige und allbekannte Mörder von heute peinlich genau passen. Man kann sich nicht genug darüber wundern, daß Göbbels Zensur diese dramatischen Anzüglichkeiten passieren ließ; vielleicht hat ihn die Tatsache etwas veröhnt, daß der übliche wortbrecherische Herzog im Namen der katholischen Kirche metzelte, die als die verantwortliche finstere Macht im Hintergrunde dargestellt wird.

Wie dem auch sei: man kann dem jungen Eberhard Wolfgang Möller nicht absprechen, daß er eine wahrhaft prophetische Schau für kommende Schicksalsgestaltungen besitzt. In einem Chor: »Die Toten kehren zurück« heißt es wörtlich:

»Es erschauern
Selbst in den Städten die Städte,
Sie suchen den Himmel und stammeln,
und in den Stuben versammeln
die Kinder sich um die Väter.
Sie hören das Klirren der Spaten
und sehen die Gräfte sich leeren
und wissen: die Toten kehren
zureinstigen Stätte der Taten.«
Hitler und Göring haben mit zugehört. Würde

ihnen das furchtbare »Würfelspiel«, das sie in stillen Stunden bedrängt, für einen Augenblick gegenwärtig? Sie haben allen Grund zu »erschauern«, der Stunde gewärtig, wo die Totenopfer des Dritten Reiches an der Stätte der Taten erscheinen und mit den Lebenden abrechnen.

Kurt Doberer:

Franco, der Werwolf

Es sprang aus Nacht und Vergangenheit ein Tier uns tödend an.

Es stieß uns in Trauer und Dunkelheit, es kannte keine Barmherzigkeit, mit Blut, so fing es an.

Sprang an und sprang in den ersten Schlag, das Tier und fiel zurück.

So oft der Wolf anspringen mag, schlag zu, Jungspaniens Schicksalstag, schlag zu, ihm ins Genick.

Steht auf, die Freiheit ruft den Mann, der hart die Wunden trägt.

Der in die Sonne sehen kann und der den dunklen Werwolf-Bann ins Nichts zusammenschlägt.

Steht fest, der Morgen lodert rot, er trägt den Tag zum Licht.

Schlagt eine Gasse durch den Tod, seid eine Mauer vor der Not, steht fest und zittert nicht.

Die Ahnentafeln. Die Aufstellung von Ahnentafeln wird als Schulfach in den oberen Volksschulklassen des Dritten Reiches eingeführt.

Es gärt unter den Arbeitern!

Schwarze Börsentage — Nervosität in der Arbeitsfront

Die außenpolitische Aktivität der Hitler-Regierung, die sich in der letzten Zeit nicht selten bis zum provokatorischen Auftreten gesteigert hat, ließ bereits erkennen, daß wieder einmal Anlaß besteht, von der inneren Unruhe und Unzufriedenheit abzulenken. Die ganze Kriegspanik läßt auf alles, nur auf keine Besserung der deutschen Wirtschafts-lage schließen.

Einen Gradmesser für die wachsende wirtschaftliche Unruhe bildet die Berliner Börse. Unmittelbar nach dem Olympia-Rummel hatte die Börse am 21. August, wie die großen Handelsblätter melden, ihren schwarzen Freitag. Die Seifenblase der Börsenhausse der vorausgegangenen Wochen ist geplatzt. Man weiß zu gut, daß Rüstungsauftrieb mit echter Konjunkturbelebung nichts zu tun hat. Die großen Börsen-Zeitungen lassen erkennen, daß man Angst hat. Angst vor der weltpolitischen Zuspitzung, Angst vor den unerschwinglichen Riesenausgaben für den Rüstungswahnsinn, Angst vor dem zu befürchtenden Rohstoffmangel, Angst vor der Lebensmittelnknappheit und vor allem Angst vor dem aktuell gewordenen Lohnproblem. Ein Berliner Börsen-Korrespondent schreibt bereits:

»Die Gerüchtechronik meldet, daß in der Montanindustrie eine 5%ige Lohnaufbesserung zu gewärtigen sei.«

Auch Dr. Schacht hat in seinen Pariser Besprechungen diese Wirtschaftsängste bestätigt. Auf die Frage, was die Einführung der zweijährigen Militärdienstzeit zu bedeuten habe, meinte er:

»Deutschland hat zuviel Maschinen und zuviel Arbeitslose. Wenn man nicht will, daß die Maschinen zur Kriegsproduktion und die Arbeitslosen als Soldaten verwendet werden, müßte man die Märkte öffnen.«

Mit den Propagandamedien vom anhaltenden Wirtschaftsaufschwung sind diese Äußerungen nicht recht in Einklang zu bringen, aber die Börsenjobber haben für die Stimmung unter der Arbeiterschaft eine ganz gute Nase. Die Lohnfrage ist in den Betrieben aufgerollt. Das Hitler-Regime ist augenblicklich der Gefangene seiner verlogenen Agitation. Die Belegschaften haben Adolf Hitler beim Wort genommen. Er hatte angekündigt, daß die Lohnerhöhungen fällig sein werden, sobald der letzte Arbeitslose von der Straße verschwunden sein wird. Jetzt ist es soweit, daß nach der Propagandastatistik nur noch eine Million Arbeitsloser »gezählt« wird. Darunter befinden sich diejenigen, die nicht mehr voll arbeitsfähig sind und der Rest würde durch die Verlängerung der Militärdienstzeit aufgesogen.

Jetzt geht ein Raunen durch die Reihen der Belegschaften. Sie sehen die steigenden Lebenshaltungskosten. Der Lebenshaltungsindex ist gegenüber 1933 um 6,2% gestiegen. Die letzte Woche hat wieder Stockungen in der Lebensmittelfuhr, namentlich in der Fleischzufuhr mit entsprechender weiterer Teuerung gebracht. Die Schweineschlachtung hat eine Herabsetzung der Kontingentierung erfahren. Die Hausfrauen werden auf die vitaminreichen Gemüse verwiesen. Die Kartoffelpreise sind erheblich gestiegen, ebenso der Bekleidungsindex.

Die Arbeiter sehen aber auch, wie bei gleichbleibenden Löhnen die Unternehmerprofite der Rüstungsindustrie anschwellen. Die Deutsche Arbeits-Korrespondenz gibt jetzt die Jahresreingewinne der Aktiengesellschaften für 1935 bekannt, die von 481 auf 514 Millionen gegenüber dem Vorjahre angestiegen sind. Die Dividendenausschüttung hat sich von 347 auf 395 Millionen RM (1500 Aktiengesellschaften) erhöht.

In den Betrieben der Metallindustrie wird im rasenden Hetatempo geschuftet. Es ist zwar kein Raum für organisierte Lohnbewegungen, aber die Börsenleute sehen dennoch nicht falsch. In der Arbeiterschaft, die bei höherer Arbeitsintensität weitere Akkorddrückerei zu erwarten hat, gibt es auch ohne sichtbare Organisation noch gewerkschaftliche Denkungsart. Ohne Abrede zeigt sich, daß die Neigung, die Arbeit für den Krieg zu beschleunigen, nachgelassen hat. Die Losung aus früherer Zeit, zur Vermeidung der Akkordherabsetzung langsamer zu arbeiten, scheint in frischer Erinnerung zu sein. Die Arbeiter haben all die Nazi-Statistiken über die Zunahme der Beschäftigten mit Interesse gelesen, sie vergleichen als eifrige Leser dieser braunen Literatur die Zunahme der Beschäftigtenzahl mit der Zunahme der Produktion. Und siehe da nach den Erfolgsberichten in der Zeitschrift »Der Deutsche Volkswirt«, haben von 1933 bis 1935 bei einer Mehrbeschäftigung an Arbeitern und Angestellten von nur 22,1% die Produktionsziffern eine Steigerung von 54,8% erfahren.

Diese Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte in der Rüstungsindustrie hat in den letzten Monaten noch gewaltig zugenommen. Das wissen die stummen Lohnarbeiter im Dritten Reich und sie spüren den Mangel an Facharbeitern. Die Einziehung der jugendlichen Arbeiter zum Heeresdienst erhöht auch den Bedarf an älteren Arbeitskräften. Adolf Hitler hat zwar den marxistischen »Arbeitsmarkt« abgeschafft, aber ohne Arbeiter und Angestellte kommen die Räder der Rüstungsindustrie nun einmal nicht in Schwung.

So bricht das Kartenhaus der gefälschten amtlichen Lohnstatistik zusammen. Die Gehalts- und Lohnempfänger sind in Bewegung geraten, ohne die Vorschriften der Nazi-Diktatur zu verletzen. Sie sehen ihre Nettolöhne, die durch wachsende Abzüge immer weiter beschränkt werden. Auf der letzten Tagung der sog. Reichswirtschaftskammer der DAF sind folgende Angaben gemacht worden:

Pflichtbeiträge für Lohn-, Bürger-, Kirchensteuer, Krankenkasse, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung	14,2%
Beitrag zur Arbeitsfront und der Nat. Volkswohlfahrt	1,9%
Vereinsbeiträge für Partei, Luftschutz, NS-Formationen usw.	1,6%
Mittelbare Kosten: Wirtschaftszeitungen, Rundfunk, Zeitungen der Arbeitsfront, Schulzeitschriften usw.	3,3%
Beiträge zu staatlich anerkannten Organisationen, Arbeitsdank, Soldatenbund, Sport usw.	1,0%
Beiträge zu den dazu gehörigen Veranstaltungen	1,3%
Gesamt	23,3%

In dieser amtlichen Ermittlung sind all die Sammlungen und Spenden, zu denen der Arbeiter gezwungen wird, nicht enthalten, so daß unsere bisherigen Berechnungen noch weit übertroffen werden.

Alles wirkt zusammen und es gärt in der Lohnfrage. Selbst die Deutsche Arbeitsfront kann nicht mehr schweigen. Auf der Schulungswoche sprach der Leiter des Sozialamtes Mendel über die neuen Aufgaben der DAF und meinte:

»Es ist nicht richtig, daß durch den Facharbeitermangel die Löhne teilweise untragbar in die Höhe gegangen sind.«

Und er redete weiter von Aufklärungs-, Schulungsarbeit etc. Auch eine Tagung der Gauleiter und Oberpräsidenten in Oberhofen mußte zur Lohnfrage wohl oder übel Stellung nehmen. Es wurde zugegeben, daß die Lohn-

frage in der Arbeiterschaft überall lebhaft diskutiert wird und der Ley wagte den schlichten Vorschlag, wenigstens die niedrigen Löhne aufzubessern, worauf ihm der Schacht eines auf den Deckel gab. Am Grundsatz der gleichbleibenden Löhne dürfe nicht gerüttelt werden. Es ist zuviel gesagt, wenn einzelne Tageszeitungen im Ausland nach dieser Tagung von »Meinungsverschiedenheiten« zwischen Arbeitsfront und Wirtschaftsführung schreiben. Die Arbeitsfront hat vom Unternehmertum ein Amt übertragen bekommen, aber sie hat keine Meinung. Die Arbeitsfront hat sich auch bereits wieder auf ihre ureigensten Aufgaben zurückgezogen. Sie bringt zur Großen Deutschen Rundfunkausstellung ein neues Empfangsgerät: DAF 1011.

»Es darf in Zukunft bei großen Veranstaltungen, bei Führerreden nicht mehr ein kleiner Volksempfänger oder ein anderer für den Privatgebrauch bestimmter Apparat im Betrieb aufgestellt finden.«

Und sie bereitet im übrigen für den Reichsparteitag in Nürnberg die Vierte Jahrestagung der DAF emsig vor. Es wird garantiert, daß 6000 DAF-Fahnen auf dem Parteitag wehen werden. Die Ausgestaltung des großen Volksfestes liegt wie im Vorjahr »in den Händen der NSG »Kraft durch Freude«. Außerdem wird aufgerufen, endlich die »Beitragsrückstände« aufzuholen. Für Lohnfragen hat diese Arbeitsfront keine Zeit, sie freut sich täglich 24 Stunden des Lebens, das genügt.

Die Arbeiter der Rüstungsindustrie müssen sich bewußt werden, daß sie Schrittmacher für andere Arbeitergruppen sein müssen, die im tiefsten Elend stecken. Sie werden jenen Tabakarbeitern helfen müssen, die nach den Mitteilungen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung durchschnittliche Wochenlöhne von 22,35 RM beziehen, oder jenen Speditionsarbeitern, die soeben im Rheinland bei steigender Teuerung auf Anordnung des Treuhändlers eine Lohnsenkung von 10% erfahren haben.

Die Betriebsarbeiter müssen in der durch den Rüstungsbedarf entstandenen Arbeitsnachfrage eine Waffe erblicken, um dem Diktator des Dritten Reiches, bevor sein sogen. Vierjahresplan zu Ende geht, bei der Erfüllung seiner Versprechungen behilflich zu sein. Es gärt in der Lohnfrage — ein Zeichen, daß das schlimmste Stadium der Passivität in der Arbeiterschaft beendet ist!

Der motorisierte Tod

Obwohl rein theoretisch die Vorteile eines mit einer motorisierten Armee geführten Ueberrassungsangriffs einleuchtend sind, so zeigt sich doch heute deutlich, daß die mangelnde Kriegserfahrung einen solchen Husarenritt auch zu einem Selbstmordmanöver des Angreifers machen kann. Nur jene Staaten, die tatsächlich zu jedem irrsinnigen Lotteriespiel bereit sind, können ein solches Kriegsmanöver unter Gefahr des Verlustes einer ganzen Stoßarmee unternehmen.

Die Eigenart einer vorstoßenden motorisierten Armee erlaubt keine allzu große Breitenentwicklung. Dadurch kann sie aber auch von einem rasch entschlossenen Verteidiger durch motorisierte Truppen von ihrer Treibstoffbasis abgeschnitten werden. Wird sie das aber auch nur, auf verhältnismäßig kurze Zeit, so wird sie manövrierunfähig und ist dem Verteidiger wehrlos ausgeliefert.

Neben diesen strategischen Gefahren können aber auch dadurch leicht die ernstesten Schwierigkeiten auftauchen, daß im Ernstfalle, der ja ganz andere Anforderungen stellt als das best arrangierte Manöver, der größte Wirrwarr in der taktischen Zusammenarbeit der einzelnen Fahrzeugtypen eintritt.

Der Nachteil der mangelnden Kriegserfahrung wird bei den am schnellsten aufrüstenden Staaten noch dadurch vergrößert, daß die Ausbildung des Tank- und Raupenfahrzeugpersonals im überschnellen Tempo vor sich geht und auf eine zu kurze Zeit verteilt ist. Die Folge davon sind schon im Frieden eine nicht abreißende Kette von Todesopfern, die der motorisierte Tod frisst. Die folgenden Nachrichten zählen nur einen Teil der Opfer der letzten Monate auf.

Bielefeld, 30. Mai: Der gesamte Panzersperrverband, bestehend aus drei Panzerabwehrdivisionen, war im Sennelager zusammengezogen. Es war die erste geschlossene Uebung des Verbandes. Sie zeigte starke Unsicherheit aller Führer. Es gab mehrere

Tote und Verletzte durch das wilde Fahren im Gelände.

Berlin, 20. April: Während der Militärparade in Charlottenburg ereignete sich ein schweres Unglück. Ein Tank glitt auf den Straßenbahnschienen aus und der Führer verlor die Gewalt über die Maschine, so daß der stählerne Koloß in die am Straßenrand stehende Menge fuhr. Vier Schüler und ein Mann, die nicht rechtzeitig flüchten konnten, wurden vom Tank erfaßt. Ein Junge wurde getötet, die anderen schwer verletzt. Der Reichskriegsminister ließ am Grabe des siebenjährigen Nowak einen Blumenstrauß niederlegen.

Pola, 9. Juni: Während der großen Parade hat sich in Pola ein schwerer Unfall ereignet. Der Traktor einer motorisierten Batterie fuhr in die auf dem Gehsteig stehende Zuschauer Menge hinein. Fünf Personen wurden getötet und zwanzig schwer verletzt.

Wien, 30. April: Bei den Manövern der österreichischen Bundesarmee überschlug sich auf einem engen Weg ein Tank. Ein Leutnant wurde getötet, der Kommandant des Angriffswagen-Bataillons schwer verletzt. Die Uebung der Angriffswagen wurde nach dem Unglück abgebrochen.

Bastogne, 21. Juni: Ein Panzerauto stürzte einen Abhang hinunter und schlug fünfzig Meter weiter unten auf. Zwei Mann wurden getötet und einige andere verletzt.

München, 8. Juli: Ein Raupenkraftwagen kam an einer Kurve infolge der durch die Hitze aufgewickelten Teerdecke ins Schleudern. Dabei wurde ein Radfahrer erfaßt, zu Boden geworfen und schwer verletzt. Der Raupenkraftwagen fuhr noch über die Gehbahn, durchbrach einen Gartenzaun und blieb erst auf einer Wiese stehen.

Diese Meldungen zeigen deutlich genug die Unsicherheit der Tankführer schon auf ebenem Gelände und im Manövergelände. Sie bestätigen die Fragwürdigkeit des reibungslosen Einsatzes einer ganzen Stoßarmee im Kriegsfalle.

Weltherrschaft — zunächst im Museum

Deutschland säugt Amerika — Asien spielt mit seiner großen Zehe.



In der Ehrenhalle des neuen »Volkdeutschen Museums« zu Stuttgart wurde eine Plastik aufgestellt, die jeden Beschauer verblüffen muß — nicht durch ihre Schönheit, denn schön ist sie wahrlich nicht, aber durch das, was man so »Ideegehalt« nennt. Vor uns liegt eine Reproduktion aus der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« Nr. 404—405:

»Deutsche Mütter, denkt der Beschauer, oder »Die kinderreiche Familie ist die Säule des Staates«. Aber nein, die Plastik ist nicht so einfach zu verstehen, sie hat wie gesagt einen Ideegehalt, und der Titel bringt die Auflösung des reizenden Bilderrätsels:

»Mutter Deutschland mit den fünf Erdteilen. Der Säugling dürfte demnach Amerika symbolisieren, das BDM-Mädchen vermutlich Afrika. Natürlich ist die Mama größer als alle Kinder zusammengenommen.

Im Anfang schuf Gott Deutschland, und dann schuf Deutschland Himmel und Erde...

Kurzberichte über Deutschland

Die Ausfuhr der deutschen Flachsstrumpfwirkerei erreichte in den Jahren 1929 und 1930 die Höhe von 180 Millionen Reichsmark. 1934 und 1935 betrug die Ausfuhr nur noch 40 Millionen Reichsmark.

Die deutsche graphische Industrie ist durch die nationalsozialistische Herrschaft schwer geschädigt worden. Im Wirtschaftsjahr 1929/1930 hatte ihr Gesamtumsatz rund 1200 Millionen Reichsmark betragen. Im Jahre 1935 blieb er noch unter 700 Millionen Reichsmark! Die Gesamtkapazität der graphischen Industrie wird nur zu 35 bis 40% ausgenutzt.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.394. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Kurt Doberer.